

ARGUMENTE

Eine Entgegnung auf
Materialien der NPD
anlässlich der Kommunal-,
Europa- und Landtagswahlen
2014 im Land Brandenburg

**FÜR KANDIDATEN
UND FUNKTIONSTRÄGER
DEMOKRATISCHER
PARTEIEN**

2014

INHALT

- 3 Neonazis im Wahlkampf
- 4 Kurze Geschichte der NPD
- 7 Öffentliches Auftreten und Diskursstrategie der NPD
- 10 Konkurrenz von Rechts
- 12 Die Themen der NPD
 - 12 – Demokratie
 - 16 – Arbeit, Europa und Globalisierung
 - 21 – Heimat und Volksgemeinschaft
 - 27 – Das „Ausländerthema“
 - 36 – Sicherheit und Freiheit
 - 40 – Geschichtsverständnis
- 44 Jugendpolitik der NPD
- 49 Mach´s ab 16
- 50 Zum Weiterlesen
- 52 Rat und Hilfe

NEONAZIS IM WAHLKAMPF

Samstagvormittag in Fürstenwalde: 25 Funktionäre und SympathisantInnen der *Nationaldemokratischen Partei Deutschland* (NPD) halten eine Kundgebung gegen eine Flüchtlingsunterkunft in der Kleinstadt ab. Ihnen gegenüber stehen etwa 80 GegendemonstrantInnen von antifaschistischen Gruppen, demokratischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die lautstark ihren Unmut gegen die rassistische Zusammenkunft ausdrücken. An Straßenlaternen, Stromkästen und Schildern rund um den Kundgebungsplatz herum ist neonazistische Propaganda zu sehen, die kurz zuvor angebracht wurde. Ein Teil ist bereits überklebt oder beschädigt.

Ein ähnliches Szenario zeigt sich seit Monaten in diversen Städten und Orten in Brandenburg: Bestehende oder geplante Unterkünfte für Geflüchtete sind den Neonazis ein Dorn im Auge. Mittlerweile finden fast wöchentlich in Brandenburg Kundgebungen und sogenannte Wandermahnwachen gegen Geflüchtete und gegen die Asylpolitik des Landes statt. Die neue Welle rassistischer Mobilisierung gegen die Unterkünfte vereint die neonazistische Szene über ihre parteilichen und ideologischen Differenzen. Auch Neonazis, die jahrelang nicht in Erscheinung getreten sind, beteiligen sich an den Protesten. Die NPD ist derzeit in Brandenburg die Partei, die es am ehesten schafft, AnhängerInnen hinter sich zu scharen und sich durch ein hohes Maß an Aktionismus auszeichnet. Mit den Protesten gegen Asylunterkünfte will die NPD an rassistische Einstellungen und Stimmungen anknüpfen, die auch weiterhin in hohem Maße in Brandenburg vorhanden sind, wie Einstellungsumfragen zeigen. Potenzial ist also da, welches die Partei im Wahlkampf für sich gewinnen will. Die Partei hat in Deutschland mittlerweile eine 50 jährige Geschichte und ist auch in Brandenburg seit den letzten Kommunal- und Landtagswahlen flächendeckend aufgestellt. Sie will bei den kommenden Wahlen in Brandenburg sowohl in die Kreistage, Stadt- und Gemeindevertretungen ebenso wie in den Potsdamer Landtag einziehen. Dabei ist die Hetze gegen Flüchtlinge das wichtigste Thema um Stimmen zu ergattern. Doch nicht das einzige. Sie gibt sich gleichermaßen als „soziale Partei“, die sich für Sicherheit und Ordnung einsetzt, die „Heimat“ und „Volk“ als wichtigste Güter betrachte und sich gegen die Politik und Interessen der Europäischen Union behaupten will. Ihr Strategie ist es, sich als einzige Alternative gegenüber den „etablierten Parteien“ – gemeint sind die demokratischen Parteien, die derzeit im Landtag vertreten sind – darzustellen.

Im Laufe der Jahre hat die NPD unterschiedliches Material veröffentlicht, in dem sie zum einen ihre eigenen Funktionären Argumentationen an die Hand geben und zum anderen Werbung für die Arbeit der Partei machen will. Die 2008 vom *Moses Mendelssohn Zentrum* (MMZ) herausgegeben Broschüre „*Argumente. Eine Entgeg-*



© Endstation Rechts

nung auf ein Schulungsmaterial der NPD“ befasst sich mit einer NPD-Argumentationshilfe, die vom Parteivorstand herausgegeben wurde und die sich in die drei großen Abschnitte zum „Ausländerthema“, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zu „allgemeinen NPD-Fragen“ teilt. Für die Landtagswahlen im Jahr 2009 verfasste die NPD außerdem ihr sogenanntes „Brandenburgprogramm“, in dem die Partei zu weiteren Themen wie Familie, Bildung, Energie sowie Natur und Umwelt Stellung nimmt. Die Entgegnung auf die NPD-Argumentation, die Fabian Virchow für das MMZ verfasste, dient als Grundlage für die vorliegende Zusammenstellung. Erweitert wird sie durch Entgegnungen zu den Themen des Brandenburgprogramms und dem Programm zur Bundestagswahl 2013. Außerdem sollen aktuelle Beispiele aus Brandenburg das Auftreten und die Strategie der NPD illustrieren.

KURZE GESCHICHTE DER NPD

Im November 1964 wurde die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* in Hannover als Sammelpartei nationalkonservativer und nazistischer Kräfte gegründet. Gestützt auf Strukturen und Personal zahlreicher Organisationen der extremen Rechten, wie z.B. der *Deutschen Reichspartei*, der *Deutschen Partei* oder der *Gesamtdeutschen Partei*, entfaltete sie in vielen Teilen der damaligen Bundesrepublik rasch rege Propagandatätigkeit. In den Jahren 1966 bis 1968 stieg die Zahl der NPD-

Mitglieder auf etwa 30.000 an; der Anteil derjenigen, die vor 1945 der NSDAP angehört oder leitende Positionen im NS-Regime eingenommen hatten, war insbesondere an der Parteispitze und im Funktionärskörper beträchtlich.

Zwar konnte die NPD mit ihrem autoritär-nationalistischen Profil und der Relativierung oder gar Leugnung der NS-Verbrechen sowohl die „Ewiggestrigen“ ansprechen als auch von ökonomischer Krise und gesellschaftlichem Strukturwandel verunsicherte Mittelstandsangehörige und ArbeiterInnen – doch der von vielen Beobachtern und auch der Partei selbst erwartete Einzug in den Bundestag gelang ihr 1969 nicht. Der ausbleibende Erfolg bei den Bundestagswahlen trug maßgeblich zum folgenden Niedergang der NPD und zur Ausdifferenzierung des extrem rechten Spektrums bei. Sieht man von einigen wenigen lokalen Sonderfällen ab, war die NPD in den 70er und 80er Jahren zu einer echten Splitterpartei geworden.

Mit der Wahl Günter Deckerts zum NPD-Parteivorsitzenden im Juni 1991 begann der Öffnungskurs gegenüber militanten Neonazis, der die Partei bis heute nachhaltig prägt. Deckert selbst sah sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mit mehreren Verurteilungen wegen der Leugnung des Holocaust und wegen Volksverhetzung konfrontiert. Zwar wurde er im Juni 1995 beim Bundesparteitag noch einmal im Amt bestätigt, das Parteipräsidium entthob ihn jedoch kurz darauf seiner Position. Als sein Nachfolger amtierte bis 2011 der ehemalige Bundeswehr-Offizier Udo Voigt. Er öffnete die Partei noch weiter für Neonazis, die in Folge mehrerer Organisationsverbote in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nach einem neuen organisatorischen und politischen Rahmen für ihre Betätigung suchen. Seit der Jahrhundertwende ist die NPD so immer mehr zum organisatorischen Zentrum der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland geworden.

Der Einzug der NPD in die Landtage in Dresden und Schwerin hatte der extrem rechten Partei zahlreiche neue Möglichkeiten eröffnet, so insbesondere den Zugang zu Informationen, finanzielle Ressourcen in Millionenhöhe und zahlreiche Stellen. Auch wenn damit in den eigenen Reihen Begehrlichkeiten geweckt und neue Konfliktfelder eröffnet werden, so ermöglichen diese Ressourcen doch den Aufbau von Strukturen sowie die Entwicklung politischer Initiativen und Aktivitäten, zu denen die NPD ohne diese Mandate nicht in der Lage wäre.

Als sich 2003 der NPD Verband Berlin-Brandenburg wegen interner Streitigkeiten trennte, entwickelte sich ein eigenständiger Brandenburger Landesverband. Die Verbote und Selbstaufösungen von *Kameradschaften* zu dieser Zeit begünstigten teilweise die Etablierung der NPD als tonangebende neonazistische Größe. Der *Märkische Heimatschutz*, eine führende Neonazikameradschaft, ermutigte die ehemals Aktiven in seiner Auflösungserklärung, nun den „parlamentarischen Weg“ zu gehen. AktivistInnen unterstützten daraufhin die Partei bei Wahlkämpfen und

übernahmen Funktionen. Unter dem bis heute Vorsitzenden Klaus Beier baute der Landesverband nahezu flächendeckend Strukturen auf. Mittlerweile hat die NPD nach eigenen Angaben acht Kreisverbände und über 20 „Ortsbereiche“ in Brandenburg. Einige dieser Untergliederungen weisen ein hohes Maß an Aktivismus aus, andere treten kaum bis gar nicht in Erscheinung. Seit der Kommunalwahlen 2008 ist die NPD mit 22 Abgeordneten in sieben Kreistagen, zehn Stadt- und einem Gemeindeparlament vertreten.

Ebenfalls zum Landesverband der NPD gehört deren Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten (JN)*, deren Aktivitäten seit 2013 spürbar zugenommen haben. Maßgeblich verantwortlich ist Pierre Dornbrach. Er ist Landesvorsitzender, Beisitzer im JN-Bundesvorstand sowie Leiter des sogenannten *Nationalen Bildungskreis*.

NPD Verbot

Warum ist eine Partei, die offenkundig antidemokratisch und gegen Grundwerte unserer Gesellschaft ist, dabei noch den Idealen des Nationalsozialismus nachhängt, nicht verboten? 2003 scheiterte das Verbotsverfahren gegen die NPD. Heißt es, dass die Partei nicht verfassungsfeindlich ist?

Die NPD ist nach allgemeiner Auffassung eine verfassungsfeindliche Partei. Der Versuch, die NPD als Partei zu verbieten scheiterte 2003 jedoch nicht an der inhaltlichen Bewertung, sondern an einem Verfahrensproblem: Zu viele V-Leute (Vertrauenspersonen der Sicherheitsbehörden in der Neonaziszene) waren in das Treiben der Partei verwickelt. 10 Jahre später wurde nun ein erneuter Versuch gestartet, die Partei zu verbieten. Dabei ist ein Verbot von Parteien in der Bundesrepublik ein schweres Unterfangen, ihre Verfassungsfeindlichkeit reicht allein nicht aus. Ihnen muss nachgewiesen werden, dass sie eine „aggressiv kämpferische“ Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung vertreten sowie diese „planvoll“ beseitigen wollen.

Für das Verbot der NPD spricht die Tatsache, dass dann mit der staatlichen Parteienfinanzierung einer neonazistischen Partei Schluss wäre. Vor allem fehlte der Neonaziszene – zumindest für einen gewissen Zeitraum – eine wichtige organisatorische Basis.

Es gibt auch Einwände gegen das Verbot. So wird oftmals befürchtet, dass ein Verbot zu einer weiteren Radikalisierung der Neonaziszene führen könnte. Außerdem ändere ein Verbot auch nicht das Gedankengut der NPD-AnhängerInnen. Deren Ideologie kann unter anderen Labels weitergetragen werden. So oder so: Aufklärung über und zivilgesellschaftliche Gegenwehr gegen extrem rechte Bestrebungen und Aktivitäten bleiben auch unabhängig von einem NPD-Verbot weiterhin wichtig.

ÖFFENTLICHES AUFTRETEN UND DISKURSTRATEGIE DER NPD

Als kleine Partei, die nicht überall über handlungsfähige Strukturen und vorzeigbares Personal verfügt, steht die NPD vor dem Problem, sich in der öffentlichen Diskussion Gehör zu verschaffen und wahrgenommen zu werden. Mit den ihr zur Verfügung stehenden – im Vergleich zu den im Bundestag oder Landtag vertretenen Parteien – geringen Mitteln verfolgt sie mehrere Ziele: Sie will

- sich als Akteurin im politischen Feld bekannt machen;
- ihre politischen Ansichten wahrnehmbar machen;
- ihren Interpretationen Plausibilität verleihen;
- sowohl den häufig neonazistisch geprägten AktivistInnenstamm an sich binden
- als auch breitere WählerInnenschichten ansprechen und bei Wahlen zur Abgabe der Stimme(n) für die NPD motivieren.

Zum Auftreten der NPD in der Öffentlichkeit und zum propagandistischen Repertoire der NPD gehören angesichts dieser Zielsetzungen verschiedene Elemente, die jedoch fein austariert werden müssen, um nicht gewisse Zielgruppen zu bevorzugen, andere dafür aber zu verschrecken. So wurde etwa in der Vergangenheit in den Reihen der NPD kontrovers diskutiert, ob Aufmärsche angesichts der damit gelegentlich einhergehenden Schlagzeilen über gewalttätige Auseinandersetzungen ein geeignetes Mittel sind, um im Vorfeld von Wahlen Zustimmung über den ohnehin bereits existierenden Kreis von Anhängern und Anhängerinnen hinaus zu erreichen.

Ein bedeutsames Element der Öffentlichkeitsarbeit der NPD ist die kalkulierte Inszenierung von politischen Skandalen, um mediale Präsenz zu erreichen und um sich gegenüber der Mitgliedschaft und dem sympathisierendem Umfeld als eine – auch im Parlament – „kompromisslose Kraft“ zu inszenieren. So verließ die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im Dezember 2012 demonstrativ den Saal während einer Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). In der selben Sitzung beleidigte der Fraktionsvorsitzende und derzeitige Bundesvorstand Udo Pastörs einen Linksparteiabgeordneten. Der Linkenpolitiker Al-Sabaty hatte in einer Rede an die Ausschreitungen vor 20 Jahren in Rostock-Lichtenhagen und die Aggressivität und Brutalität der extrem Rechten verurteilt. Pastörs rief lauthals in Richtung des aus dem Irak stammenden Abgeordneten, es handle sich um „die Phantasien eines aus dem Orient Zugereisten“. NPD'ler Pastörs wurde daraufhin des Saales verwiesen.

Wollte die NPD mit ihrem in den Medien breit beachteten Auftritt in diesem Fall auch der Neonaziszene zeigen, dass sie dem Landtag ohne taktische Zugeständnisse an parlamentarische Gepflogenheiten als Tribüne für ihre rassistische und neonazistische Propaganda zu nutzen gedenkt, so kann sie ihre Diskursstrategie nicht vollständig auf solche Skandale abstützen. Denn diese nutzen sich einerseits ab und würden daher einer Steigerung bedürfen, um ein vergleichbares mediales Echo hervorzurufen; andererseits haben solche Auftritte für einen relevanten Teil des NPD-WählerInnenklientel nur untergeordnete Bedeutung.

So verfolgt die NPD eine Doppelstrategie: In ihren Publikationen und auf ihren Versammlungen wird gegen das verhasste „liberalistische System“ zu den (politischen) Waffen gerufen und die Ehre verurteilter NS-Kriegsverbrecher beschworen. In Wahlkampfzeitungen und in Flugschriften, die zur breiteren Verteilung gedacht sind, gibt man sich bürgernah. Aktuelle gesellschaftliche Problemlagen und Diskussionen – von der Arbeitslosigkeit, den Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme und kommunalpolitischen Themen, über die Einsätze der Bundeswehr bis hin zur drohenden Schließung von Schulen in ländlichen Räumen und der Einrichtung von Studiengebühren – werden von der NPD aufgegriffen und mit Grundelementen extrem rechter Weltanschauung (völkischer Nationalismus; Sozialdarwinismus; Antisemitismus) verknüpft. Häufig bezieht sich die NPD dabei auf Fakten und Zahlen, die von demokratischen Akteuren erarbeitet wurden, weil sie selbst nicht die Möglichkeit zur Erarbeitung entsprechender Studien hat und weil sie sich von der Bezugnahme auf Stellungnahmen und Äußerungen demokratischer Akteure einen Zugewinn an Respektabilität verspricht. Die zutreffende Beschreibung einer politischen Entwicklung oder die Benennung eines gesellschaftlichen Problems ist jedoch regelmäßig keine originäre Leistung der NPD.

Im Spektrum der politischen Aktionsformen, welche von der Inszenierung politischer Skandale über Mahnwachen und Aufmärsche bis hin zur Androhung und Ausübung von Gewalt gegenüber politischen GegnerInnen reicht, hat das Konzept der „Wortergreifung“ mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein der NPD an Bedeutung gewonnen. Unter diesem Konzept ist das Aufsuchen von öffentlichen (Wahlkampf) Veranstaltungen demokratischer Parteien oder Organisationen und eine aktive Beteiligung an ihnen durch Wortmeldungen zu verstehen. Diese Taktik der öffentlichkeitswirksamen und auf Konfrontation zielenden Darstellung extrem rechter politischer Standpunkte wurde in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* wiederholt vorgestellt. So mahnte der ehemalige NPD-Parteivorsitzende Voigt, die „Maßnahmen der Wortergreifung sollten mit mehreren Kameradinnen oder Kameraden zusammen organisiert werden“, und besonders solche Versammlungen kämen in Frage, wo „wir mit unserer Haltung zum Thema polarisierend eingreifen können“. Für eine erfolgreiche Anwendung dieser Taktik, zu deren Bestandteilen Voigt auch Störungen des Vortragenden durch „Zwischenrufe und Unmutsbekundungen“ zählt,

gibt die NPD regelmäßig Handreichungen heraus und führt Schulung mit Funktionen durch.

Die Taktik der „Wortergreifung“ soll es den NPD-AktivistInnen ermöglichen, im Rahmen von Veranstaltungen demokratischer Akteure die Themen und Diskussionsverläufe vorzugeben; eine Widerlegung der Sichtweisen und Argumentationsfiguren ist dabei häufig nur mit erheblichem zeitlichen Aufwand möglich, da zunächst die nicht sichtbar gemachten Vorannahmen verdeutlicht und kritisiert werden müssten. Erwidern der Vertreter und Vertreterinnen demokratischer Parteien und Organisationen auf „Wortergreifungen“ durch NPD’ler sollten nicht darauf zielen, die eigene demokratische Dialogfähigkeit unter Beweis zu stellen oder die beteiligten NPD-VertreterInnen von der Widersinnigkeit und ethischen Verwerflichkeit ihrer Ansichten zu überzeugen. Solche Bemühungen sind in der Regel unwirksam. Das Auftreten und die Beteiligung von Neonazis an Diskussionen in öffentlichen Versammlungen von demokratischen Organisationen führen jedoch gelegentlich zur Verunsicherung im Publikum. Diesem muss die Aufmerksamkeit gelten, indem

- der Standpunkt der extrem rechten RednerInnen eindeutig zurückgewiesen wird;
- dem extrem rechten RednerInnen spätestens bei Beleidigungen die Tür geschlossen wird;
- in der gebotenen Kürze die Sichtweise der NPD widerlegt wird;
- die Veranstaltung in einer Weise (fort)geführt wird, dass sich demokratische TeilnehmerInnen von den Vertretern der NPD nicht eingeschüchtert fühlen.

„Wortergreifung“ im Wahlkampf

Im Zuge der Einrichtung von neuen Asylunterkünften werden vielerorts Versammlungen für Einwohnerinnen und Einwohner einberufen, um über die Pläne der Kommunen für die Übergangsunterkünfte und Wohnungen zu informieren. Unter den TeilnehmerInnen befinden sich Neonazis, die sich als AnwohnerInnen präsentieren und sich im Sinne der Wortergreifungsstrategie in die Debatten einmischen. Sie greifen dabei Ängste, die im Laufe der Veranstaltungen geäußert wurden auf, signalisieren ihre Zustimmung und bringen rassistische Argumente und Sichtweisen ein. Dabei geht es oftmals darum, sich als vermeintliche TabubrecherInnen darzustellen und mit falschen Fakten sowie verkürzten Darstellungen Einfluss auf die Diskussionen zu nehmen. Ob Gransee, Zepernick oder Premnitz, die NPD-FunktionärInnen fanden bislang kein Gehör. Bei einer AnwohnerInnenversammlung in Wandlitz wurden sie sogar des Saales verwiesen nachdem sie sich gegen die Aufnahme von AsylbewerberInnen, insbesondere muslimischen, aussprachen.

KONKURRENZ VON RECHTS

In Brandenburg waren nach der politischen Wende 1990 verschiedenen Kleinstparteien und Organisationen aktiv, die nach wenigen Jahren auf Grund ihrer Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus verboten wurde. Außerparlamentarische Arbeit bekam ab Mitte der 1990er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre an Aufschwung. Sogenannte *Freie Kameradschaften*, parteiunabhängig organisierte Gruppen, gründeten sich. Aber auch hier führten Verbote und Selbstaufösungen der *Kameradschaften* zur Veränderung der neonazistischen Szene in Brandenburg. Das Scheitern der *Kameradschaften* und die Neuorientierung der AktivistInnen brachte der *Nationaldemokratischen Partei Deutschland* einen gewissen Zulauf. Seit 2005 baut die NPD den Landesverband Brandenburg kontinuierlich auf und wurde somit zum Zugpferd der neonazistischen Kräfte im Land. Mit dem Ausscheiden der extrem rechten *Deutschen Volksunion* (DVU) aus dem Brandenburger Landtag und dem einhergehenden Zusammenbruch der Partei, wurde die NPD zur einzigen relevanten extrem rechten Partei in Brandenburg. Die DVU war vor dem Zusammenschluss mit der NPD ohne Erfolge geblieben. Bei den Landtagswahlen 2009 bekam die extrem rechte Partei nur 1,2 % der Zweitstimmen. Ein massiver Einbruch, bedenkt man, dass die Partei zuvor 10 Jahren im Landtag vertreten gewesen war und bei der vorherigen Wahl 2004 über 6 % der Zweitstimmen erlangte. 2010 gingen NPD und DVU zusammen, der Mitgliederzuwachs blieb jedoch aus. Die neue Partei *NPD – Die Volksunion* konnte bei weitem nicht alle ehemaligen DVU-Mitglieder unter sich vereinen.

Parteien am rechten Rand

Pro Deutschland, Republikaner und *Alternative für Deutschland*: Es gibt eine Vielzahl an kleinen Parteien, die sich am rechten Rand des Parteienspektrums verorten lassen und Potential aus dem extrem rechten Spektrum abfangen könnten. Die Wahlen zum Deutschen Bundestag 2013 haben gezeigt, dass die um Abgrenzung vom Rechtsextremismus bemühte *Alternative für Deutschland* (AfD) im rechten Wählerspektrum an Relevanz gewann. In Brandenburg existiert seit April 2013 ein Landesverband der AfD. Bei der Bundestagswahl erreichte die AfD 6,0 % der Zweitstimmen im Landesdurchschnitt und damit das drittbeste Landesergebnis. Die Partei hat bisher jedoch wenig Profil in Brandenburg entwickelt, so dass es für eine umfassende Einschätzung über ihre politische Einordnung zu früh ist. Festzuhalten ist, dass die Euro-skeptische Partei, laut einer Studie der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, deutlich rechtspopulistische Tendenzen erkennen lässt und durch ihre Themen extrem rechte WählerInnen anspricht.

Neu gegründet: Die Rechte

Anfang 2013 vermeldete der neu gegründete Landesverband der Partei *Die Rechte*, sich als Alternative zur NPD aufzustellen. *Die Rechte* wurde 2012 vom bekannten Neonazi-Aktivisten Christian Worch gegründet. Ehemalige DVU-Aktive schlossen sich der neuen Partei, die sich offiziell als „weniger radikal als die NPD“ bezeichnet, an. Brandenburger Landesvorsitzender wurde der letzte DVU-Vorsitzende Klaus Mann aus Finowfurt. Stellvertreterin ist seine Frau Sybille. Anders jedoch als die DVU, die in ihrer parlamentarischen Arbeit im Brandenburger Landtag wenig Skandale produzierte und nach außen eher bieder wirkte, sind Veranstaltungen von *Die Rechte* geprägt durch martialisch auftretende Skinheads und Neonazis. Frühere Mitglieder von Neonazikameradschaften sind der Partei beigetreten. Nach einem Jahr Bestehen hat der Landesverband Brandenburg jedoch nicht ausreichend Strukturen aufgebaut, um flächendeckend bei den Wahlen antreten zu können, für die Kommunalwahlen tritt *Die Rechte* auf den Listen der NPD an.



Die Partei *Die Rechte* demonstriert im November 2013 in Oderberg gegen die Unterbringung von Geflüchteten in der Kleinstadt. Am Mikrofon: Brandenburger Landeschef Klaus Mann. © Ney Sommerfeld

DIE THEMEN DER NPD UND WIE MAN IHNEN ENTGEGEN KANN

DEMOKRATIE

Was will die NPD?

„Es bedarf einer politischen Kraft, die über das Ziel der Systemüberwindung zu praktikablen Lösungen für das Volk finden wird.“, heißt es im Brandenburgprogramm der Partei. Die NPD will diese Kraft sein, die sich im Gegensatz zu den „Volksbetrügnern“ im Potsdamer Landtag für die Zukunft des deutschen Volkes einsetzt, d.h. „Zuerst das eigene Volk“ und Schluss mit „Geldverschleuderung an Ausländer“. Die „gewachsene Volksgemeinschaft“ könne nur erhalten bleiben, „wenn dieses System an seiner Fäulnis zugrunde gegangen sein wird“.

Mit der von ihr angestrebten Politik hält die NPD nicht hinterm Berg: Sie will gesellschaftliche Ressourcen und Grundrechte – Bildung und Ausbildung, soziale Sicherungssysteme, Aufenthaltsrecht und politische Mitwirkungsrechte – nur noch dem Teil der in Deutschland lebenden Bevölkerung zubilligen, den sie als „deutsch“ bezeichnet. Die Behauptung der NPD, eine solche Politik der „ethnischen Bevorzugung“ sei „überall auf der Welt normal“, ist Unsinn. Viele Staaten unterhalten Programme, mit denen die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft gefördert werden soll. Auch Deutschland ist an internationale Standards und vertragliche Verpflichtungen gebunden, die sich aus internationalen oder europäischen Abkommen und Vereinbarungen ergeben.

Die Zukunft des deutschen Volkes sichern, heißt für die NPD: die Sozialkassen sollen keine Leistungen für die migrantische Bevölkerung mehr erbringen, obwohl diese seit Jahrzehnten darin eingezahlt hat. Weitere Geldbeträge sollen durch den Austritt aus der EU und der NATO frei werden. Allerdings will die NPD die Bundeswehr aufrüsten, u.a. mit Atomwaffen. Durch die von der NPD angestrebte Autarkiepolitik und die damit verbundene internationale Isolierung würden gravierende ökonomische Nachteile entstehen.

Wie steht die NPD zur Demokratie?

Die NPD nennt sich „nationaldemokratisch“, doch in ihrem Programm spielt der Begriff weniger eine Rolle. „Demokratisch“ wird dort eher als Negativbezug zu anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien benutzt. Antidemokratisch will sie aber nicht sein. Die NPD behauptet deshalb demokratisch zu sein, weil „Demokratie (...) immer an ein konkretes, homogenes Staatsvolk gebunden“ sei. Und verweist unter anderem auf Theoretiker wie Carl Schmitt.

Die NPD kann sich als demokratisch betiteln, indem sie ein ganz spezifisches Verständnis von Demokratie konstruiert. Die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland basiert auf einem Grundrechtskatalog, einer plural verfassten Gesellschaft und einem repräsentativen, parlamentarischen Verfassungsstaat, in dem die politischen Parteien einen zentralen Platz einnehmen. Dieses Modell lehnt die NPD ab und versucht, aus vielfach empfundenen Legitimations- und Repräsentationsdefiziten der Verfassungswirklichkeit politischen Profit zu schlagen.

Das von der NPD propagierte Modell der „identitären Demokratie“ führt in dreifacher Hinsicht zu einer Entdemokratisierung:

- ➔ Die Forderung, dass „Demokratie an ein konkretes, homogenes Staatsvolk“ gebunden sein müsse, bedeutet in der Konsequenz der völkischen Ideologie den Ausschluss aller Menschen mit Migrationshintergrund aus politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen. Hier soll eine umfassende Entrechtung an die Stelle allgemeingültiger Menschenrechte treten.
- ➔ Statt antiautoritärer Modelle direkter Demokratie (z.B. auf kommunaler Ebene) geht es der NPD um die Stärkung zentraler Strukturen und eines starken Staatspräsidenten, der auch den Kanzler ernennt.
- ➔ Mit der Vorstellung der „Identität zwischen Führern und Geführten“ und der Forderung, dass der Staat über den „Egoismen der Gruppen“ zu stehen habe, verliert der Grundwert der Pluralität der Interessen, die gesellschaftlich um Anerkennung ringen, an Bedeutung. Die Idee, alle Angehörigen eines „Volkes“ hätten im Grundsatz dieselben Interessen, ist unhaltbar.

Der von der NPD angeführte Staatsrechtler Carl Schmitt trug zur Zerstörung der Weimarer Republik bei, begrüßte ab 1933 die Führerherrschaft Hitlers und legitimierte die Expansionspolitik der Nazis. Er ist in der Tat der geeignete Kronzeuge für die Beseitigung des parlamentarischen Verfassungsstaates und des Parteienpluralismus zugunsten eines autoritär geführten „Volksstaates“.

Bekannt sich die NPD mit der Forderung nach „Nationalem Sozialismus“ zum Nationalsozialismus?

Auf vielen Demonstrationen der NPD oder der Jungen Nationaldemokraten ist es zu hören: „Nationaler Sozialismus Jetzt!“. Das Begriffspaar spielt bewusst auf den Terminus „Nationalsozialismus“ an. Doch im Wahlkampf will die NPD Fragen nach ihrem Geschichtsverständnis am liebsten Umgehen. Die NPD gibt ihren Funktionären Hinweise, wie sie auf Nachfragen zum Holocaust und dem Nationalsozialismus reagieren soll. Möglichst wenig sagen und das Gespräch auf aktuelle Themen lenken, ist die Devise.

Von „Nationalen Sozialismus“ anstelle von „Nationalsozialismus“ zu sprechen, ist in erster Linie ein Spiel mit Begriffen, um sich vom Vorwurf der „Ewiggestrigen“ frei zumachen. Statt der Relativierung oder gar Leugnung des Holocaust werden seit einigen Jahren insbesondere in Wahlkämpfen soziale Problemlagen und sozial- bzw. wirtschaftspolitische Entscheidungen (Arbeitslosigkeit; Hartz IV; Privatisierung von öffentlichen Unternehmen) in den Mittelpunkt der NPD-Agitation gestellt.



Dem jährlichen Aufruf der NPD anlässlich der Bombardierung der Stadt Cottbus folgen Neonazis aus Brandenburg, Berlin und Sachsen. © apabiz

Dass die NPD empfiehlt, den Themen Vernichtung des europäischen Judentums und Entfesselung des Zweiten Weltkrieges in öffentlichen Diskussionen aus dem Weg zu gehen, hat insbesondere drei Gründe. Erstens ist man sich bewusst, dass bei diesen Themen mit einer schlichten Leugnung oder deutlichen Relativierung wenig Stimmen zu holen sind; zweitens sieht man die Gefahr, tatsächlich als „Ewiggestrige“ erkannt und beurteilt zu werden. Und drittens hilft eine Vermeidung dieses Themas sicherlich auch, die Zahl der Anklagen und Verurteilungen von NPD-AktivistInnen wegen Verstoß gegen § 130 Absatz 3 Strafgesetzbuch (bis zu fünf Jahre Haft für das öffentliche Leugnen des Holocaust) gering zu halten.

Dennoch scheut die NPD nicht vor zynischen Provokationen zurück. Vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 warb ihr damaliger Vorsitzender Udo Voigt mit dem Slogan „Gas geben!“ – unter anderem vor dem Jüdischen Museum Berlin.

Zugleich gibt es in den Publikationen und Pressemitteilungen zahlreiche Beispiele, in denen sich die NPD mit dem Anliegen verurteilter Holocaust-Leugner solidarisiert oder diese – wie im Falle des ehemaligen iranischen Ministerpräsidenten Ahmadinedschad – wegen ihrer entsprechenden Äußerungen rühmt. Der *Deutsche Stimme*-Verlag hat zahlreiche Publikationen im Angebot, in denen die Verbrechen der Nazis relativiert und die angeblich positiven Seiten der NS-Diktatur herausgestellt werden.

Die Brandenburger NPD und der NS

Klare Bezüge zum Nationalsozialismus zeigt die NPD in ihren jährlichen Gedenkmärschen in Cottbus: Gedacht wird der Opfer der Bombardierung der Stadt zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Die Rede ist vom „Bombenholocaust“, der von den Alliierten an den Deutschen begangen worden sei. Eine dreiste Verklärung der Geschichte, die die Gräueltaten der Nazis – dem Holocaust – ebenso wie die strategische Rolle der Stadt im Krieg – durch Produktion und Flieger-schule – ausblendet.

Ebenfalls als Bekenntnis zu den Verbrechen des Nationalsozialismus ist das Gedenken an den verurteilten Kriegsverbrecher Erich Priebke zu sehen. Der in Hennigsdorf geborene Priebke war als SS-Offizier an Erschießungen von ZivilistInnen in Italien beteiligt. Funktionäre der NPD besuchten Priebke vor seinem Tod im Jahr 2013. In Hennigsdorf wurden außerdem nächtliche Fackelmärsche für ihn veranstaltet.

Wie will die NPD Arbeitsplätze schaffen?

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen wiederholt die NPD stereotyp einige Ansätze: den Ausschluss der migrantischen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt und die Belastung von Einfuhren mit Zöllen. Zudem soll eine EU-Förderpraxis unterbunden werden, mit der Unternehmen dabei unterstützt werden, ihre Produktionsstätten von Deutschland nach Osteuropa zu verlagern. Schließlich sollen die Kapitalmobilität eingeschränkt, die Transportkosten erhöht und die DM wieder eingeführt werden. Mit diesen Maßnahmen sollen der „Verarmungswettbewerb und die Arbeitsplatzvernichtung im Gefolge der Globalisierung“ eingedämmt werden.

Insgesamt handelt es sich um eine Politik der Renationalisierung, die die NPD vertritt. Eine solche Politik würde der auf den internationalen Märkten stark engagierten deutschen Wirtschaft erhebliche Schäden zufügen, zahlreiche Arbeitsplätze vernichten und die Konsumfreiheit beschränken.

Hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne tritt die NPD grundsätzlich für eine Politik ein, die auf einer grundlegenden Diskriminierung beruht. Im Kern schlägt die NPD drei ökonomische Handlungsstränge vor: Erstens eine starke Verringerung des Angebots an Arbeitskräften, indem die migrantische Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird. Zweitens die Verbesserung der Angebotsbedingungen für Unternehmen, insbesondere beim selbständigen Mittelstand. Drittens die Finanzierung von Arbeitsmarktprogrammen.

Die NPD fordert die Entscheidung „zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat“. Dies ist eine falsche Gegenübersetzung und setzt zwei Entwicklungen (Arbeitsmigration und Arbeitslosigkeit) in einen ursächlichen Zusammenhang, der nicht existiert. Schließlich liegen in vielen Staaten die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der migrantischen Arbeitsbevölkerung weit auseinander. Zudem gilt für Deutschland, dass die Einwanderung seit Ende der 1950er Jahre maßgeblich zum ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland und zur Schaffung gesellschaftlichen Reichtums beigetragen hat.

In ihren Schriften tritt die NPD dafür ein, dass in Deutschland verbleibende Gewinne un versteuert bleiben, damit sie für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden können. Offen bleibt hier jedoch, wie die NPD gewährleisten will, dass Gewinne tatsächlich beschäftigungswirksam investiert wer-

den. Zur Besserung der Angebotsbedingungen der Unternehmen gehört auch die antigewerkschaftliche Politik der NPD, die auf die Auflösung der Tarifautonomie und die Zerstörung des Flächentarifvertrages durch Bildung von sogenannten „Betriebsgemeinschaften“ zielt.

Was versteht die NPD unter „nationaler Wirtschaftspolitik“?

Als „ganzheitliche Polit-Alternative“ will die NPD in ihrem Brandenburgprogramm verstanden werden. Eine Partei, die eine Politik vertritt, „die sich am Menschen und seinen sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedürfnissen und Eigenarten orientiert“ und die „notfalls auch bereit ist, Tabus zu brechen, wenn es um die Zukunft unseres Volkes geht“.

Ihre „Nationale Wirtschaftspolitik“ will die NPD gegen Neoliberalismus, Marktwirtschaft und den demokratischen Sozialstaat in Stellung bringen. Die wirtschaftlichen Interessen haben sich den politischen Planungen unterzuordnen. Gewerkschaftliche Mitbestimmung innerhalb von Unternehmen und die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen und Unternehmen werden unter der Prämisse der Durchsetzung eines vermeintlichen „Gemeinwohls“, dass durch den diktatorischen Einheitsstaat bestimmt wird, übergangen. Mit dem wirtschaftlichen Verständnis verbinden sich ideologische Elemente des Antisemitismus, oft in Form einer Feindschaft gegenüber den USA, Rassismus, Sozialdarwinismus und Nationalismus. Die Rede ist von „Parasiten“, „Blutsaugern“ oder von einem „zügellosem, entnationalisierten Kapitalismus“. Alles antisemitische Metaphern, die Ausdruck einer völkischen Kapitalismuskritik von Neonazis sind.

In der Behauptung „Tabus zu brechen“ klingt an, was auf anderen Versammlungen deutlicher zum Ausdruck kommt: Die Einschränkung von Ansprüchen und Rechten sowie die Abschiebung von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und jene MigrantInnen, die die NPD als „raum- und kulturfremd“ bezeichnet, um das Wohl der „Volksgemeinschaft“ zu finanzieren. Denn die Wirtschaftspolitik der NPD schließt eindeutig aus: „Randgruppen und raum- und kulturfremde Ausländer“. Arbeit soll zuerst an Deutsche vergeben werden, denn Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit seien die „Ausländer“, also Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Dabei liegt der Anteil von „Ausländern“ weiterhin bei knapp 2 %. Der Anteil der Erwerbslosen dagegen liegt bei 10 %. Schon allein rechnerisch geht die Behauptung nicht auf.

Was hat die NPD gegen Europa?

Die NPD erklärt sich selbst zur Gegnerin der EU („das Völkergefängnis (...), das Bürokraten, Wirtschaftslobbyisten und Einwanderungsideologen errichtet“ hätten), betont jedoch zugleich ihre „proeuropäische“ Ausrichtung. Statt einer als „Agentur der Globalkapitalisten“ fungierende EU-Zentrale in Brüssel trete die NPD – im Sinne des früheren französischen Staatspräsidenten de Gaulle – für die „Vision eines „Europas der Vaterländer““ ein. Dessen Grundlage sei das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Dabei trete die NPD insbesondere für das „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ein“, billige dies jedoch auch „jedem anderen Volk der Welt zu“. Durch einen solchen Ansatz werde der Unterschied zwischen „heutigem Nationalismus und gestrigem Chauvinismus“ markiert. Für die NPD sind „deutscher Nationalismus und europäisches Denken“ kein Widerspruch, da „alle Europäer gegen die amerikanischen Dollar-Imperialisten und Völkerunterdrücker zusammenstehen“ müssten.

Mit ihrer Kritik an der EU überzeichnet die NPD Fehlentwicklungen, die von verschiedenen Seiten beklagt werden, so etwa die Festschreibung einer marktradikalen Wirtschaftsordnung. Das Spezifische an der NPD-Position ist die Klage über die Abgabe von Souveränitätsrechten der Nationalstaaten und die Freizügigkeit für EU-Bürger und -Bürgerinnen, d.h. die Möglichkeit der freien Wahl des Wohn- und Arbeitsplatzes. In diesem Zusammenhang tut die NPD fälschlicherweise so, als gebe es nicht umfangreiche Programme und Aktivitäten der EU, mit denen die Einwanderung auf den europäischen Kontinent kontrolliert werden soll.

Die NPD tritt nicht für eine Demokratisierung und Weiterentwicklung der EU ein, sondern will stattdessen unter dem Titel „Europa der Völker“ einen europäischen Bund völkisch homogener Staaten schaffen. Das Eintreten für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ (Prinzip: ein Volk = ein Staat) im Sinne der NPD würde zur Herausbildung zahlreicher neuer Kleinstaaten bzw. zum Zerfall existierender Staaten in Europa führen, da die NPD in Frankreich etwa der korsischen, der bretonischen oder der baskischen Bevölkerungsgruppe einen eigenen Staat zubilligen würde; aus Belgien würden zwei neue Staaten entstehen, usw. usf. Der Logik des völkischen Nationalismus nach würde hingegen Deutschland als einziger Staat in Europa an territorialer Größe und Bevölkerungszahl zunehmen – schließlich will die NPD ja ein Großdeutschland in den Grenzen von 1937.

Das von der NPD entwickelte Modell eines Europäischen Staatenbundes sieht als zentrales Gremium ein Art Ministerrat vor, der – anders als das Europaparlament – nicht demokratisch legitimiert wäre. Angesichts dieses Gegenentwurfs ist die Kritik der NPD, dass die Strukturen der EU nicht demokratisch seien, verlogen.

Auch wenn die NPD behauptet, ihr Modell eines europäischen Staatenbundes habe mit „gestrigem Chauvinismus“, d.h. mit der Expansionspolitik des Nazi-Regimes nichts zu tun, so zielt es doch darauf, ein unter deutscher Führung und Kontrolle stehendes Europa in die Konfrontation mit den USA zu führen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund fordert die NPD in ihrer Parteizeitung für Deutschland die Verfügung über Atomwaffen.

Warum lehnt die NPD die Globalisierung ab?

Ihre Position zu Globalisierungsprozessen verdeutlicht die NPD mit drei Gedankengängen. Erstens gehe es dabei um „das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter Führung des Großen Geldes“. Zweitens reduziere die Globalisierung staatliche Steuerungsmacht und drittens treibe das Fehlen von Zollschränken und Kapitalverkehrskontrollen die „Hochlohnländer in einen ruinösen Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb mit Billiglohnländern“. Schließlich erpresse das Globalkapital die Staaten hinsichtlich der an den Standorten geltenden sozialen und ökologischen Standards.

Die Beschreibung der NPD verweist auf zum Teil problematische Entwicklungen, verknüpft diese jedoch analytisch mit antisemitischen Erklärungsmustern und kommt zu einseitig nationalistischen Lösungsvorschlägen.

Für die NPD ist die Globalisierung ein Werk der Juden (und der USA), denn – so heißt es in der Handreichung – das „Große Geld“ sei „seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch“ und habe seinen Hauptsitz an der „Ostküste der USA“. Wo die NPD in negativer Weise über den „Kapitalismus“ spricht, sieht sie auch in ihm eine von jüdischen Interessengruppe dominiertes Phänomen. Tatsächlich jedoch sind in Marktgesellschaften alle Unternehmen darauf angewiesen, Gewinne zu machen, wenn sie nicht vom Markt verdrängt werden wollen. Die Geschichte des Kapitalismus und die Globalisierung sind nicht von Juden bestimmt; Massenentlassungen und Lohndumping haben die globale Entwicklung des Kapitalismus schon immer begleitet. Solange von diesen deutsche Unternehmen profitiert haben und die negativen Folgen nur im Ausland zu spüren waren, hat die NPD dies nicht kritisiert. Auch die Subventionierung von Betriebsansiedlungen und die damit zum Teil verbundene Senkung von Umweltschutzstandards ist keine Entwicklung, die erst mit der Globalisierung eingetreten ist.

Die Kritik an den negativen Auswirkungen der Globalisierung ist kein Privileg der NPD; auf diese weisen zahlreiche Organisationen und Parteien schon seit langem hin. Globalisierung ist jedoch nicht rückgängig zu machen; sie sozial gerecht zu gestalten und Lohndumping und Billigkonkurrenz zurückzudrängen, funktioniert in

erster Linie durch die Angleichung der Lebensverhältnisse in den europäischen Gesellschaften. Die NPD hingegen setzt auf nationalistischen Egoismus und schafft damit neues Konfliktpotential.

Warum ist die NPD gegen die EU und den EURO?

Die Europäische Union und die gemeinsame Währung Euro sind der NPD ein Dorn im Auge. „Raus aus dem Euro“ war und ist eine der wichtigsten Forderungen der NPD der letzten Jahre. Ihre Ablehnung der „Zwangseinheitswährung“ EURO, ebenso die Feindschaft gegenüber der Europäischen Union erklären sie folgendermaßen: „Ein Staat, eine Regierung und eine Währung funktionieren nicht, wenn sie auf Gleichschaltung und Bevormundung verschiedener Völker und Volkswirtschaften beruhen“. Die NPD tritt für einen Austritt aus der EU ein, der auch vertraglich möglich sei.



Raus aus dem Euro und zurück zur DM: NPD Aktivisten mit Eselsmasken bei einer Demonstration 2012 in Brandenburg Havel. © apabiz

Das Projekt der „europäischen Einigung“ zielt auf eine enge Verflechtung der Mitgliedsstaaten und Gesellschaften der EU. Mit dieser Entwicklung sollen nationale Eifersüchteleien und Konkurrenzen – und die daraus in der Vergangenheit entstandenen Krisen und Kriege – endgültig beseitigt werden. Dazu ist die Aufgabe gewisser Souveränitätsrechte notwendig, die jedoch von den Mitgliedsstaaten in gleichem Maße erbracht werden. Als einheitlicher Wirtschaftsraum soll mit der EU nicht nur ökonomische Stabilität, sondern auch ein Ausgleich unterschiedlicher Entwick-

lungsniveaus erreicht werden. Beim Niederlassungsrecht und dem Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes sind grundlegende Menschenrechte angesprochen, die humanitäre Gesellschaften auszeichnen.

Die Behauptung, mit der EU ging eine Gleichschaltung und Bevormundung verschiedener Völker einher, verweist auf das NPD-Verständnis eines „Europa der Völker“. Demzufolge die von der NPD als natürlich angesehene biologisch-völkische Ordnung wiederhergestellt wird, was in ihrem Sinne eine territoriale Neuordnung beinhalte und Deutschland das größte Staatsgebiet (mit Teile des heutigen Polens, Russlands, Tschechiens und Österreichs) zuweisen würde. „Großdeutschland“ würde die Vormachtstellung in Europa erlangen. Konkret würde das heißen, Migrationsprozesse mehrerer Jahrhunderte rückgängig machen zu wollen, um die „Völker“ an ihren – von der NPD – zugewiesenen Platz zu bringen.

HEIMAT UND VOLKSGEMEINSCHAFT

Was versteht die NPD unter „Volk“ und wer gilt ihr als „Deutscher“?

„Deutscher“ ist nach Ansicht der NPD, wer „in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde“, in die „Volksgemeinschaft“, aus der ein Ein- oder Austritt qua Willensakt nicht möglich sei. Als Teil des „deutschen Volkes“ verfüge diese Person dann über spezifische „körperliche, geistige und seelische Merkmale“, die sie von anderen „Völkern“ unterscheidbar mache.

In dieser Passage gibt sich die NPD als Partei des Rassismus zu erkennen. Sie geht davon aus, dass „Völker“ aufgrund von biologisch feststellbaren Unterschieden über ein jeweils eigenes Profil an körperlichen, seelischen und geistigen Merkmalen verfügen. Solche Ideen sind inzwischen als wissenschaftlich völlig haltlos bewiesen worden.

Die gesamte moderne Menschheit stammt entwicklungsgeschichtlich aus dem östlichen Afrika, von wo aus durch Migration der gesamte Erdball besiedelt wurde. Die etwa 130.000 Jahre, die dies gedauert hat, sind evolutionsgeschichtlich zu kurz, um – etwa in Europa – eine eigenständige „Rasse“ entstehen zu lassen. Moderne populations- und molekulargenetische Untersuchungen zeigen, dass eine Einteilung der Menschheit in „Rassen“ keinerlei genetische Grundlage besitzt, da sich 99,9 % der Gene bei allen Menschen wiederfinden – egal von welchem Kontinent oder aus welchem Land sie

stammen. Äußerliche Unterschiede wie Haut- und Haarfarbe, Haarstruktur und Nasenform des Menschen dien(t)en lediglich der Anpassung an unterschiedliche Klima- und Ernährungsbedingungen und sind nur von einer kleinen Untergruppe von Genen bestimmt. Sucht man nach genetischen Gemeinsamkeiten innerhalb einer ethnischen Gruppe und vergleicht diese mit einer anderen, so ist die Bandbreite der Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen weit geringer als die Bandbreite der Unterschiede zwischen verschiedenen Individuen, die ein und derselben Gruppe angehören.

Erweist sich die Annahme der NPD von abgrenzbaren Völkern mit genetisch vorbestimmten Merkmalen als hinfällig, so auch die Schlussfolgerung, dass der Mensch zwingend in Völkern lebe und seine Identität nur über die „Volkszugehörigkeit“ definiere. Anders als von der NPD behauptet, sind „Völker“ keine „Lebenstatsachen“, sondern soziale Konstruktionen.

Der Versuch der NPD, unter Verweis auf den Sachsen Heinrich I., der 919 zum König des Ostfrankenreiches erhoben wurde, eine über tausendjährige Existenz eines „deutschen Volkes“ zu konstruieren, geht fehl. Dass sich Menschen als Teil eines „Volkes“ verstehen, ist eine historisch recht junge Entwicklung; über Jahrhunderte waren andere Vergemeinschaftungsformen im Denken, Fühlen und Handeln der Menschen zentral, so etwa die Dorfgemeinschaft oder der Stamm.

Was versteht die NPD unter Nationalismus?

Zum Thema Nationalismus führt die NPD aus, dass Nation „eine Gemeinschaft von Menschen [ist], die durch Geburt zusammengehören“. Daher könne man „Deutscher“ auch nur nach Herkunft bzw. Abstammung sein, nicht jedoch durch die Annahme der Staatsbürgerschaft werden. Damit grenzt sich die NPD auch explizit von einem Verständnis von Nation ab, das sich durch das Bekenntnis der Beteiligten zu gemeinsamen demokratischen Grundwerten konstituiert. Dies seien rein subjektive Maßstäbe, während in der NPD-Auffassung von Nation diese anhand „objektiver Merkmale“ wie gemeinsame Abstammung, Sprache, Kultur, Geschichte und Tradition als „staatsgewordene Gemeinschaft eines Volkes“ charakterisiert sei.

Die von der NPD vertretene Konzeption der Nation ist völkisch. Die Frage, wie die NPD das „Deutsch-Sein“ angesichts einer langen Migrationsgeschichte Deutschlands prüfen will und ob dabei an die Wiedereinführung eines „Arier-Nachweises“ gedacht wird, ist von ihr bisher nicht beantwortet worden.

Die von der NPD als objektive Merkmale angeführten Faktoren sind jedoch alles andere als einschlägige Beweise:

- So ist die Behauptung, Menschen gehörten aufgrund ihrer gemeinsamen Sprache natürlicherweise zusammen, irrig. Dass Menschen, die eine bestimmte Sprache sprechen, eine Gemeinschaft bilden, deren Mitglieder von anderen Menschen nicht nur durch die Form, in der sie sich ausdrücken, sondern auch in ihrem „Fühlen und Denken“ unterschieden seien, ist falsch. Historisch geht die Gründung des Nationalstaates der Durchsetzung einer Amts- und Schriftsprache gegenüber Dialekten als verbindlichem Verständigungsmittel voraus. So ist die allgemeine Verbreitung von Hochdeutsch Resultat und nicht Ursache der Gründung des Deutschen Reiches. Schließlich finden sich zahlreiche Nationen, die sprachlich heterogen sind (z.B. die Schweiz und die USA).
- Auch die Kultur ist nichts, worauf sich eine Nation gründen würde. Wenn sich spezifische Gepflogenheiten über genau eine ganze (Staats)Nation verbreitet haben sollten, dann erst und nur deshalb, weil es diese bereits gab. Was sollte so unterschiedliche kulturelle Ausdrucksformen wie die ostfriesische Teekultur und das Weißwurstessen in Bayern als Teil einer „deutschen Nationalkultur“ ausweisen? Kriterien für eine solche Sortierung sind nicht etwa Ähnlichkeiten in den Sitten und Gebräuchen; vielmehr vollzieht sich die Bestimmung als „typischer“ geltender nationaler Eigenarten entlang von Staatsgrenzen.

Der „nationale Imperativ“ der NPD setzt zudem das biologische Wesen eines Menschen voraus, das ihn zu einem bestimmten Volk und damit zu einem klar abgegrenzten Nationalstaat gehören lasse. Tatsächlich ist aber das Blut überall rot, und weltweit gibt es nur die Blutgruppen O, A, AB und B. Irgendwelche „nationalen Charaktereigenschaften“ zu behaupten, hält der empirischen Überprüfung nicht stand: In jedem „Volk“ gibt es höchst unterschiedliche Menschen, die mit anderen Menschen aus „anderen Völkern“ mehr gemeinsame Interessen haben als mit ihren „Volksgenossen“. Auch Haut-, Haar- und Augenfarbe, Religion oder „Intelligenz“ taugen nicht dazu, die Zugehörigkeit verschiedener Menschen zu einem bestimmten Volk zu begründen.

Wir-Gefühle und Identitäten eines Menschen können sich auf ganz verschiedene Vergemeinschaftungen beziehen und zudem rasch wechseln; historisch ist die Idee, zu einem „Volk“ oder einer „Nation“ zu gehören, relativ jung. Über Jahrhunderte waren beispielsweise Dorfgemeinschaften und die Familie die primären Vergemeinschaftungsformen.

Die NPD redet von der „Volksgemeinschaft“ – davon haben bereits die Nazis gesprochen

Die NPD argumentiert zunächst damit, dass etwas nicht deshalb automatisch schlecht sein müsse, weil es bereits bei den Nazis existiert hätte: „Die Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist doch nicht falsch, nur weil

sie von den Nationalsozialisten erhoben wurde.“ Diesen Grundgedanken überträgt die NPD dann auf die „Idee einer solidarischen Volksgemeinschaft“.

Mit der Verwendung der Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ versucht die NPD an eine gesellschaftlich weit verbreitete Kritik an rücksichtslosem, nur auf den eigenen Vorteil ausgerichteten Handeln anzuknüpfen. Die Forderung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ fand sich bereits auf dem ersten Flugblatt der NSDAP (Anfang 1920) und kurze Zeit später im Parteiprogramm der NSDAP, dort als Konzept der „Volksgemeinschaft“ bereits eng verbunden mit antisemitischer Hetze. Für die NS-Diktatur gehörte zur Herstellung der „Volksgemeinschaft“ auch die Ausgrenzung und Ausschaltung aller, die als „volksfremd“ definiert wurden: Ohne die Idee der Volksgemeinschaft kein Massenmord an den europäischen Juden. Für die NPD macht dies die von der NSDAP erhobene Forderung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ nicht falsch.

NPD und NSDAP stellen eine enge Verbindung der Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ zur Idee der „Volksgemeinschaft“ her; in beiden wird die Vorstellung propagiert, dass das Individuum mit seinen Lebensentwürfen bedeutungslos sei und hinter dem zurückzustehen habe, was als „Wohl des ganzen Volkes“ ausgegeben wird. Das Bekenntnis zur völkischen „Glaubens- und Kampfgemeinschaft“ ist von zentraler Bedeutung und führt notwendig zur Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, wie sie die NPD auch fordert.

Tatsächlich ist die Idee der „Volksgemeinschaft“ nicht von den Nazis erfunden worden; schon um 1900 fand sie in verschiedenen völkischen Bewegungen als Gegenbild zur modernen, von Konflikten und sozialen Gegensätzen geprägten Gesellschaft Verwendung. Ihr antidemokratischer Gehalt äußerte sich im Antipluralismus, der Vorstellung organischer „Volkskörper“ und der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten. Die Nazis radikalisierten diese Grundstruktur und konnten sich schließlich des staatlichen (Gewalt)Apparates bedienen, um die Idee der „Volksgemeinschaft“ mit materiellen Anreizen und brutaler Gewalt voranzutreiben.

Was meint die NPD mit „Überfremdung“ und „Volkstod“?

Die NPD setzt sich für die Familien ein und für mehr Kinder. Durch „Überfremdung“ und den Rückgang der Geburtenraten droht sonst der „Volkstod“. In ihrem Brandenburgprogramm behauptet die Partei, dass bis zum Jahr 2050 90% der Menschen in Brandenburg älter als 65 Jahre alt sein wird. Damit erzeugt die NPD das Bild von einer vergreisten Gesellschaft, die dringend Nachwuchs benötigt.

Richtig ist, dass die Bevölkerungszahlen laut aktuellen Prognosen bis 2050 deutlich zurückgehen (von derzeit 2,5 Mio. auf etwa 1,0 Mio) werden und das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigen wird. Auf etwa 100 Erwerbstätige werden 2050 etwa 90 Rentner kommen, das macht jedoch nicht 90%, wie die NPD fälschlich behauptet. Bevölkerungsprognosen gehen für Brandenburg von um die 40 % über 60-jährigen aus.

Die Aussage, durch die „Überfremdung“ würde das deutsche Volk sterben, suggeriert, dass die ImmigrantInnen Deutsche bedrohen und ermorden. Doch selbst wenn es eine Mehrheit an MigrantInnen in Deutschland geben würde, würde dafür kein Deutscher sterben oder vertrieben werden. Kein Völkermord wie ihn die Deutschen während der NS-Herrschaft an ihren jüdischen MitbürgerInnen verübt haben, geht mit Zuwanderung einher.

Vielfalt in Religion, Sprache, (Sub-)Kulturen, Gruppen, Gemeinschaften, Herkunft sind schon immer Teil Brandenburgs und verändern und entwickeln sich stetig. Für Neonazis ist Vielfalt per se bedrohlich, dabei ist es gerade die Vielfalt und die Zuwanderung aus anderen Ländern, die Brandenburg bereichern und der Vergreisung entgegenwirken. Denn allein die Steigerung der Geburtenraten wird die Überalterung der Gesellschaft nicht verhindern.

Warum sind Naturschutz und Heimat bei der NPD so eng miteinander verbunden?

Zentrales Element der NPD-Ideologie ist das Volk, dessen wichtigste Grundlage seine Heimat sei, die wie das Volk geschützt werden müsse. Für die NPD gehört zum Heimatschutz demzufolge der Schutz der Umwelt und Natur. Nur in einer „gesunden Natur“ könne „unsere Gemeinschaft“ leben, heißt es dann. Eine „Raumorientierte Volkswirtschaft“ soll gegen „entnationalisierte, international vernetzte Exportindustrie („Basar-Ökonomie“)“ in Stellung gebracht werden.

Die NPD versteht den Natur- und Umweltschutz als Schutz der deutschen „Kulturlandschaft“. Dabei ist Kultur als etwas positives gewertet, denn die NPD bezieht sich hier explizit auf deutsche Landschaften. In der Wissenschaft bezeichnet der Begriff „Kulturlandschaft“ die von Menschen geprägte Landschaft im Gegensatz zur Wildnis. Als deutsche Kultur versteht die NPD die Kultur der deutschen Gemeinschaft, einer „gewachsenen Gemeinschaft“, die sich auf Abstammung beruft und damit jegliche Form von Zuwanderung deutlich ausschließt. Die Gemeinschaft müsse vor dem „systematischen Raubbau“ durch wirtschaftliche Interessen geschützt werden.



Naturschutz versus Kapitalismus: NPD Aktivisten mit Transparent bei einer NPD Demonstration in Spremberg. © apabiz

Deutlicher bringt die NPD diese Auffassung in ihrem Parteiprogramm zum Ausdruck, dort heißt es der Naturschutz dürfe nicht dem „enthemmten Wirtschaftswachstum“ zum Opfer fallen, sondern müsse wirtschaftlichen Interessen übergeordnet werden. Konkret heißt das, dass auch die kleinste Beeinträchtigung der Natur vor wirtschaftlichen Interessen als auch der Schaffung von Arbeitsplätzen steht. In einer demokratischen Gesellschaft geht es aber um die Aushandlung unterschiedlicher Interessen. Für die Umsetzung der Devise „Naturschutz vor wirtschaftliche Interessen“ ist für die NPD der diktatorische Einparteiensstaat zuständig, der über das „Gemeinwohl“ der „Volksgemeinschaft“ entscheidet.

Die Verbindung von Heimat- und Naturschutz spielte schon für die Nationalsozialisten eine wichtige Rolle: Ihr Heimatbegriff ist begründet auf eine vermeintlich biologische Zugehörigkeit zu einem „Volk“. Damit ist „Heimat“ nicht mehr nur der Geburts- oder Wohnort, die Familie und Freunde sondern vielmehr eine rassistisch begründete Abstammungsgemeinschaft auf dem von ihr besiedelten Raum.

DAS „AUSLÄNDERTHEMA“

Die Zahl der Geflüchteten und der Anträge auf Asyl steigen. Vielerorts werden Übergangsunterkünfte und Wohnungen eingerichtet. Die Geflüchteten stammen oftmals aus armen, kriegsgeschädigten Regionen, erlebten Verfolgung und Folter und riskierten ihr Leben um Zuflucht in Deutschland zu finden. Die größte Gruppe von Geflüchteten sind derzeit Kriegsflüchtlinge aus Syrien. Deutschland erklärte sich 2013 bereit etwa 5000 Geflüchtete aus den Kriegsgebieten aufzunehmen. Die Themen Asyl und Migration sind dadurch gegenwärtiger denn je.

Die „Nein zum Heim“-Initiativen

Auf die gegenwärtigen Entwicklungen reagieren die Neonazis durch rassistische Mobilisierung gegen die Unterbringungen von Geflüchteten. Als *Nein zum Heim*-Initiativen treten NPD und andere Neonazis im Internet als auch auf der Straße in Erscheinung. Premnitz, Oderberg, Bad Belzig, Gransee und Pätz sind nur einige Orte, in denen die NPD und die *Nein zum Heim*-Initiativen aktiv geworden sind. Bei einem Aufmarsch Ende Dezember 2013 im Bestenseeer Ortsteil Pätz wollten die neonazistischen Initiatoren ihre politische Herkunft verschleiern und drohten sogar mit Klage, wenn die Demonstration als NPD-Veranstaltung betitelt würde. Das obwohl der Anmelder bereits für die NPD kandidierte und diverse RednerInnen Funktionen im Brandenburger Landesverband der NPD inne haben. Anderenorts verzichtete die Partei auf diese Verschleierungstaktik.

Die rassistische Stimmungsmache gegen Geflüchtete vereint die rechte Szene von Parteien, *Freien Kräften* und *Kameradschaften* und aktiviert auch Neonazis, die lange von der Bildfläche verschwunden waren. Auf einer AnwohnerInnenversammlung in Belzig tauchte Maik Eminger auf, der, seitdem sein Bruder André als mutmaßlicher Unterstützer des Nationalsozialistischen Untergrunds vor Gericht steht, öffentlich kaum noch in Erscheinung getreten war. Die Gruppe Neonazis, mit der Eminger teilnahm, hielt sich mit Äußerungen zurück und blieb unbehelligt, denn Anknüpfungspunkte gab es für sie nicht. Die anwesenden BürgerInnen befürworteten mehrheitlich die Einrichtung einer Asylunterkunft. Auf einer Versammlung Ende 2012 in Wandlitz wurde die lokale NPD des Saales verwiesen, nachdem ihre Angehörigen rassistische Äußerungen tätigten. Ob „Asylantenheim – Wir sagen Nein“ („Die Rechte“), „Nein zum Heim“ (NPD) oder „Kein Heim Nirgendwo“ (Neonaziplattform „Licht und Schatten“): Die rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge sind gegenwärtig das Hauptbetätigungsfeld der Neonazis in Brandenburg.



Neonazis der NPD demonstrieren in Zepernick gegen Asyl und bekommen Unterstützung vom Berliner Ableger der Partei Die Rechte. © Ney Sommerfeld



Bundtagswahlkampf der NPD – Kundgebung gegen Ausbau der Asylunterkunft am 7. September 2013 in Rathenow. © Presseservice Rathenow

„Geld für die Oma – statt für Sinti & Roma“

Mit einem Plakat gegen Sinti und Roma trat die NPD im letzten Wahlkampf zur Bundestagswahl auf. Darauf zu sehen ist eine verängstigt blickende ältere Frau, versteckt hinter dem Slogan „Geld für die Oma – statt für Sinti & Roma“. Zu ihrer bisherigen rassistischen Kampagne gegen Asylpolitik traten nun antiziganistische Vorurteile, die weit über die NPD in der Gesellschaft vorhanden sind. Üblicherweise spricht die NPD allerdings nicht von Sinti und Roma, sondern abwertend von „Zigeunern“, die angeblich für eine hohe Kriminalität verantwortlich seien und damit abgeschoben gehören. Dabei spielt die NPD mit Ängsten älterer Menschen, Opfer von Diebstahl, Überfällen oder Betrug zu werden.

Oftmals werden Roma aus Serbien, Mazedonien oder anderen Balkanstaaten als „Wirtschaftsflüchtlinge“ tituiert und den „guten“ politischen Flüchtlingen als „schlecht“ gegenübergestellt. 2012 äußerte sich der Leiter der Zentralen Ausländerbehörde Brandenburgs in diversen Tageszeitungen mit der Behauptung zitieren, dass in der Zentralen Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt mehrheitlich „Wirtschaftsflüchtlinge aus Serbien und Mazedonien, keine politischen wie aus Syrien“ wohnen würde. Dabei wird die massenhafte Verelendung auf Grund rassistischer Diskriminierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung von Roma in den genannten Ländern ausgeblendet, wie Almuth Berger in einem Offenen Brief nach Veröffentlichung des Zitates schreibt. Berger kennt als ehemalige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg und Vorstandsmitglied des Brandenburger Flüchtlingsrates die Situation von Asylsuchenden aus ihrer Arbeit. Die systematische Diskriminierung von Roma ist Grund für ihre ärmlichen Lebensbedingungen, wenn ihnen der Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und Gesundheitsversorgung verwehrt wird.

Ist die NPD eine ausländerfeindliche Partei?

Auf die Frage, ob die NPD eine ausländerfeindliche Partei sei, verweist die NPD darauf, dass sie gegen „Türken in der Türkei“ bzw. „Nichtdeutsche in ihren Heimatländern“ nichts habe, sondern sich als „einwanderungsfeindliche“ bzw. „inländerfreundliche Partei“ verstehe, die „Vorrang für Inländer“ proklamiert und gegen „Überfremdung, Islamisierung und Asylbetrug“ anstrebe, und wolle, dass Deutschland „das Land der Deutschen“ bleiben soll.

Die Bundesrepublik Deutschland *ist* seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland; und bereits in den Jahrhunderten zuvor haben sich Menschen verschiedenster Herkunft auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland niedergelassen. So waren 1910 im Wilhelminischen Kaiserreich etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung von 65 Millionen Menschen Migranten und Migrantinnen. Von den



Die rassistische Mobilisierung der NPD bleibt nicht unkommentiert: In Wanditz stellen sich DemokratInnen den Neonazis in den Weg. © Antifa Bernau

drei Millionen Menschen, die zu jener Zeit im Ruhrgebiet lebten, waren etwa 500.000 polnischer Herkunft. Schätzungen gehen davon aus, dass ca. ein Drittel der 5,3 Millionen Menschen des Ruhrgebiets einen polnischen Migrationshintergrund haben.

Die Bundesrepublik – wie es die NPD mit ihrem Apartheidmodell anstrebt – zu einem Land zu machen, in dem keine Menschen mit Migrationshintergrund mehr leben, kommt einer großen Massenvertreibung gleich, die nur mit gewaltsamen Mitteln betrieben werden könnte. Die von der NPD verwendeten Begriffe „Landraub“ und „Landnahme“ sollen den Eindruck erwecken, dass Migration ein Akt der Gewalt und des Unrechts sei, gegen den drastische Maßnahmen gerechtfertigt seien.

Der Begriff der „Überfremdung“ ist ein Schlüsselbegriff extrem rechter Weltanschauung. Er unterstellt, dass es eine messbare Grenze dafür gibt, wann ein Land bzw. eine Gesellschaft seinen bzw. ihren „spezifischen Charakter“ verlieren. Tatsächlich durchlaufen jedoch alle Gesellschaften Veränderungsprozesse; Kultur ist nicht statisch, sondern dynamisch: „Neue Kulturen bilden sich heraus (...) Es entwickeln sich neue transkulturelle Identitäten..., nicht nur durch die Zunahme binationaler Familien, sondern vor allem durch die eigenständige Entwicklung junger Menschen mit Migrationshintergrund, die sich weder von der Minderheiten- noch von der Mehrheitsgesellschaft vereinnahmen lassen.“, stellt die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ 2007 in ihrem Abschlussbericht fest.

Im Jahre 1993 wurde das Wort „Überfremdung“ von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Unwort des Jahres“ gewählt: „Dieser Begriff dient immer wieder als Pseudoargument für die dumpfe Angst mancher Deutschen, dass sie von angeblich minderwertigen Ausländern majorisiert werden können.“

Für welches Staatsbürgerschaftsrecht tritt die NPD ein?

Entsprechend ihres Volksbegriffs geht die NPD von einem Staatsbürgerschaftsrecht aus, bei dem die Abstammung, nicht jedoch der Geburtsort oder Lebensmittelpunkt ausschlaggebend ist. Sie fordert eine Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht von 1913 mit seinem „Blutsrecht“ und würde das zum 1. Januar 2000 in Kraft getretene Staatsbürgerschaftsrecht rückgängig machen, das erleichterte Einbürgerung für eine eng umrissene Zahl von Migranten und Migrantinnen vorsieht.

Zu den wichtigsten Möglichkeiten, deutscher Staatsbürger bzw. deutsche Staatsbürgerin zu werden, gehören heute:

- ➔ durch Geburt wird ein Kind Deutscher, wenn mindestens ein Elternteil zu dieser Zeit Deutscher oder Deutsche ist,
- ➔ durch Geburt im Inland wird ein Kind Deutscher, wenn ein Elternteil zu diesem Zeitpunkt seit 8 Jahren seinen gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt
- ➔ durch Antrag wird eine Person Deutscher, wenn sie bestimmte Kriterien (Bildung, eine ökonomisch sichere Lage, Verfassungstreue) erfüllt.

Die NPD wertet die beiden letztgenannten Möglichkeiten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, sprachlich ab („Verleihung bedruckten Papiers“; „Papier-deutsche“). Die Ablehnung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts ist vom Ziel motiviert, die mit dessen Einführung verbundene Absicht einer besseren Integration langjährig in Deutschland lebender Migranten und Migrantinnen rückgängig zu machen. Da die NPD die Staatsbürgerschaft an die „Volkszugehörigkeit“ knüpfen möchte, würden den eingebürgerten Migranten grundlegende Menschen- und Mitwirkungsrechte wieder genommen.

Warum lehnt die NPD die multikulturelle Gesellschaft ab?

Für die NPD geht mit der „multikulturellen Gesellschaft“ die „gezielte Überflutung mit Billiglöhnern“ aus dem Ausland einher, die gesteuert sind von „Profitinteressen der Wirtschaft“ und der „Ideologie des Neoliberalismus“. Auch die hoch qualifizierter ausländischer Fachkräfte fehlen in ihren Herkunftsgesellschaften, die deren Kompetenzen dringend benötigten würden. Für die NPD heißt das vereinfacht, dass durch die Migration „entwurzelte und vereinsamte Einheitsmensen“ entstehen würden. Außerdem sei ein „Vielvölkerstaat auf deutschem Boden“ gleichzusetzen mit einem „Völkermord an den Einheimischen“.

Zum Thema multikulturelle Gesellschaft führt die NPD verschiedene Argumentationen an, mit denen sie deren Ablehnung plausibel machen möchte. Die Behauptung, Ausländer würden Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen und unberechtigt am Sozialstaat teilhaben, ist bereits vielfach widerlegt: Als in Westdeutschland Ende der 1950er Jahre Arbeitskräfteknappheit herrschte, wurden gezielt Arbeitsmigranten angeworben. Sie haben mit ihrer Arbeit zum ökonomischen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beigetragen. Arbeitslosigkeit hat viele Ursachen; insbesondere in den Niedriglohnbereichen sind Qualifizierungsmaßnahmen notwendig, um die Chancen auf eine Beschäftigung zu verbessern. Menschen mit Migrationshintergrund schaffen teilweise selbst Stellen: Türkische MigrantInnen sind zunehmend erfolgreiche UnternehmerInnen, die hunderttausende Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beschäftigen.

Die Besetzung von freien Stellen durch einen Nicht-EU-Ausländer erfolgt erst, wenn zuvor kein Deutscher oder EU-Bürger für diese Stelle gefunden wurde. Innerhalb der EU gilt das Prinzip der Freizügigkeit: so wie jede/r Deutsche sich in jedem anderen EU-Land eine Arbeit suchen kann, so gilt das natürlich auch für die Bürger und Bürgerinnen der anderen EU-Länder in Deutschland.

Tatsächlich werden Arbeitsmigranten und -migrantinnen häufig zu Löhnen beschäftigt, die unter den Tariflöhnen liegen. Diese Situation hat jedoch nichts mit dem Neoliberalismus zu tun, da das durchschnittlich niedrigere Lohnniveau der migrantischen Bevölkerung schon in den Hochzeiten der sozialen Marktwirtschaft bestand. Gegen die „Billiglöhne“ hilft nicht die Verdrängung der Betroffenen aus dem Arbeitsmarkt, sondern nur die Anhebung von Lohn- und Lebensniveau in den Entsendeländern.

Der Multikulturalismus stellt keine originäre Konfliktursache dar; so wie es die verschiedensten Konflikte zwischen Deutschen gibt, so gibt es selbstverständlich auch Meinungsunterschiede und Streit zwischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Die Behauptung, das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in einer Gesellschaft sei prinzipiell unmöglich und führe automatisch zu Mord und Totschlag, ist durch die Tatsache widerlegt, dass das alltägliche Zusammenleben in den weit überwiegenden Fällen friedlich abläuft. Für die NPD-These sprechen auch die genannten Beispiele nicht: in allen Fällen gab es gesellschaftliche Akteure, die sich von der Eskalation des Konfliktes entlang kultureller oder religiöser Gruppenzugehörigkeit einen Zuwachs an Macht oder den Zugewinn an materiellen Ressourcen versprochen haben und die deshalb die „nationale Karte“ gespielt haben.

Der Begriff „multikulturell“ ist indes nicht unproblematisch, da er tendenziell Menschen einer bestimmten „Kultur“ zuordnet und sie darauf fixiert, während die neuere Forschung eher auf „hybride“, vielfach gebrochene und heterogene, kulturelle Zugehörigkeiten hinweist.

Tatsächlich ist die Auswanderung hoch qualifizierter Fachkräfte ein Verlust für die Herkunftsländer. Die humanitäre Botschaft ist bei der NPD jedoch nur vorgeschoben; ihr geht es darum, das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Aufenthaltsortes zu beseitigen. Das Recht auf Heimat bedeutet jedoch nicht die Pflicht, sich dort auch aufzuhalten – gleichgültig, wie dieses geografisch oder historisch definiert sein mag.

Wie argumentiert die NPD angesichts des niedrigen Anteils migrantischer Bevölkerung in Ostdeutschland?

Mit Blick auf die ostdeutschen Bundesländer behauptet die NPD, dass die Zahl der „Ausländer“ deutlich höher sei als die in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Zahlen, die zwischen 2,5 und 3,5 Prozent liegen. Die NPD verweist in diesem Zusammenhang auf illegale Einwanderung und auf die Einwanderer und Einwanderinnen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Als drohendes Szenario verweist die NPD auf Stadtteile in Westdeutschland, wo es um die Integration der Deutschen in eine „fremde Mehrheitskultur“ geht. Die EU-Osterweiterung fördere mit dem Niederlassungsrecht für 75 Mio. Osteuropäer noch einmal die „allgemeine Landnahme Fremder“.

Steht die NPD-Argumentation, nach der die Arbeitslosigkeit durch die Verdrängung der Arbeitsmigranten und -migrantinnen aus dem Berufsleben beseitigt werden könnte, schon auf schwachen Füßen, so fällt sie angesichts der weit überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland und des weit unterdurchschnittlichen Anteils von migrantischer Bevölkerung völlig in sich zusammen. Aus dieser Klemme kann sich die NPD auch nicht durch die Addition derjenigen befreien, die sich illegal im Land aufhalten oder die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben.

Die Rede von „fremden Mehrheitskultur“, der gegenüber „die Deutschen“ eine Minderheit würden, geht fehl, da „den Deutschen“ gar kein homogener Block von Migranten und Migrantinnen gegenübersteht. Diese kommen aus ganz unterschiedlichen Ländern und Gesellschaften, bringen verschiedene kulturelle Gepflogenheit oder religiöse Überzeugungen mit und verändern diese zudem häufig im Laufe ihrer Anwesenheit in Deutschland.

Die von der NPD als Bedrohung behauptete Möglichkeit der Zuwanderung von 75 Millionen Menschen aus Osteuropa entbehrt jeglicher rationaler Grundlage. Entgegen mancher Erwartung ist die Arbeitsmigration aus Osteuropa nach dem Inkrafttreten der Freizügigkeitsregelung nur mäßig angestiegen.

Wovon spricht die NPD, wenn sie die „Asylflut stoppen“ will?

Nach Aussage der NPD kämen Millionen von AsylbewerberInnen nach Deutschland, um sich am Sozialstaat zu bereichern. Im 90er Jahre Jargon heißt es „Das Boot ist voll“ und die „Asylflut“ müsse gestoppt werden.

Die Zahlen aus 2013 zeigen zwar einen Anstieg in den letzten 10-15 Jahren. Knapp 120.000 Asylanträge wurden in Deutschland gestellt, davon etwa 3.000 nimmt Brandenburg auf. Verteilt werden die neu ankommenden Flüchtlinge nach einem Verteilungsschlüssel, der sich an den jeweiligen Bevölkerungszahlen orientiert. Die Antragszahlen liegen immer noch deutlich unter den Zahlen der Anfang der 90er Jahre. Weiter behauptet die NPD, dass 99% der AsylbewerberInnen nicht hier seien, weil sie Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchen würden, sondern um das deutsche Sozialsystem zu „missbrauchen“. Dabei stellten im Januar 2014 vor allem Flüchtlinge aus Serbien, Syrien und Afghanistan Asylanträge. In absoluten Zahlen stellten 1.776 Menschen aus Serbien in diesem Monat einen Antrag auf Asyl in der Bundesrepublik. Bei 700.000 Bürgerkriegsflüchtlingen aus Serbien ist das marginaler Anteil. Auf der Suche nach Schutz in anderen Ländern, müssen Flüchtlinge häufig gefährliche Wege in Kauf nehmen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerkes (UNHCR) sind 45.2 Millionen Menschen weltweit auf Grund von Menschenrechtsverletzungen, Krieg und Verfolgung aus ihrer Heimat vertrieben worden. Mehr als die Hälfte der Geflüchteten kommen aus den Kriegs- und Krisengebieten in Afghanistan, Somalia, Irak, Syrien und dem Sudan.

Die Behauptung, der Großteil der Asylsuchenden Wirtschaftsflüchtlinge wären, die dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche liegen würde, lässt sich allein anhand der Zahlen widerlegen. Aber auch der Wunsch auf ein Leben ohne Armut und menschenunwürdigen Lebensbedingungen ist gleichermaßen ein anzuerkennender Grund, sein Heimatland zu verlassen. Das deutsche Asylrecht erkennt deutlich weniger Fluchtgründe an, als es die Genfer Flüchtlingskonventionen, Verträge der Vereinten Nationen, der auch Deutschland beigetreten ist, vorsehen. Flüchtlinge, die einen „sicheren Drittstaat“ passiert haben, d. h. alle auf dem Landweg nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge, erhalten in der Regel kein Asyl, doch gibt es verschiedene andere legale Aufenthaltstitel, z.B. Duldung. Die geringen Anerkennungszahlen bspw. von Roma aus Serbien, Mazedonien und anderen Balkanstaaten sind demnach nicht auf die fehlenden Fluchtgründe und einen vermeintlichen „Missbrauch“, sondern auf das enge deutsche Asylrecht zurückzuführen.

Syrien – Flucht aus Kriegsgebieten

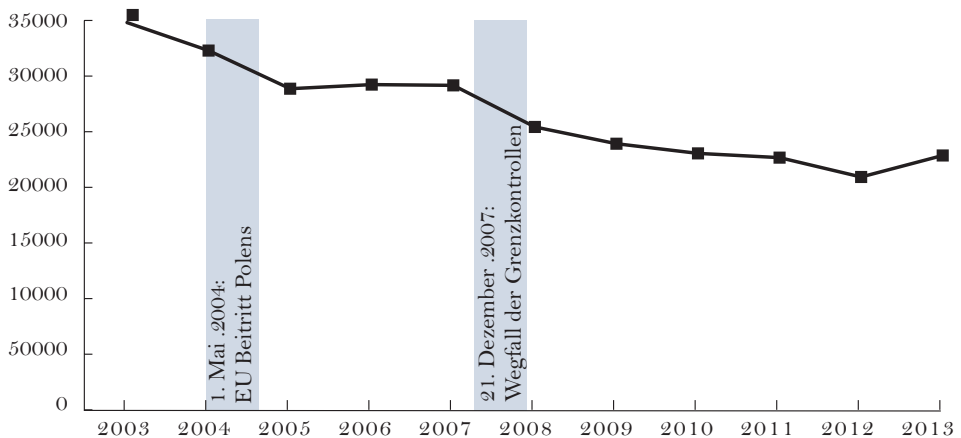
Immer mehr Menschen flüchteten 2013 aus dem Bürgerkrieg in Syrien. Deutschland hat sich selbst verpflichtet, mehrere tausende syrische Geflüchtete aus Flüchtlingslagern aus dem Libanon und Jordanien aufzunehmen. Sie erhalten als sogenannte Kontingentflüchtlinge eine Arbeitserlaubnis und eine Aufenthaltsgenehmigung für zwei Jahre. Sie werden auf die Kommunen in allen Bundesländern verteilt. Aus den umkämpften Gebieten zu fliehen bedeutet, das eigene Zuhause, Eigentum, Erinnerungen, teilweise Familien und FreundInnen zurück zu lassen, um das eigene Leben zu schützen. Nicht wenige sind durch die Kriegserlebnisse

traumatisiert. Dennoch verläuft die Aufnahme syrischer Flüchtlinge schleppend und bürokratisch, auch werden in Syrien lebende Minderheiten ohne syrische Staatsangehörigkeit bisher ausgeschlossen. Auch sie mussten die Torturen des Krieges erleben.

SICHERHEIT UND FREIHEIT

Ist die Kriminalität in den Grenzregionen besonders hoch?

Die NPD behauptet, dass seit der EU-Ostererweiterung 2007 die Kriminalität in grenznahen Regionen gestiegen sei. Sie fordert die Einführung einer getrennten Kriminalitätserfassung „für Deutsche und Ausländer“ sowie eine gesonderte Auflistung der „Deutschen mit Migrationshintergrund“. Außerdem sollen die Grenzkontrollen wieder eingeführt werden, „um Schleusern, Drogenhändlern und anderen Vertretern das Handwerk zu legen“, denn die NPD sagt, die Diebeskriminalität habe an der Grenze zu Polen zugenommen.



Die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt keinen Anstieg der Grenzriminalität seit Grenzöffnung. Quelle der Zahlen: Innenministerium Brandenburg.

Der Vergleich der Zahlen aus der Kriminalstatistik zeigt, dass die Gesamtzahl der Straftaten in der Grenzregion zu Polen – trotz eines Anstieges in 2013 – immer noch deutlich unter der Zahl der Straftaten vor dem Wegfall der Grenzkontrollen im Jahre 2007 liegt. Worauf die NPD anspielt, ist das rassistische Klischee von „klaufenden Polen“ und „Diebesbanden“. Erst durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen

sei die „Sicherheit überhaupt erst wieder gewährleistet“. Die Polizeiliche Kriminalstatistik des Landes Brandenburg zeigt, dass es weder 2004 beim Eintritt Polens in die EU noch seit dem Wegfall der Grenzkontrollen im Rahmen des Schengen-Abkommens 2007 zu einem Anstieg der Kriminalität gekommen ist.

Im gleichen Zusammenhang fordert die NPD eine getrennte Erfassung von StraftäterInnen als „Deutsche“ und „Ausländer“ sowie die Erfassung „Deutscher mit Migrationshintergrund“. Denn, so die Behauptung der NPD, die Kriminalität sei nicht nur bei Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft höher, sondern wäre sogar noch höher, wenn Deutsche mit Migrationshintergrund ebenfalls in der Kategorie „Ausländer“ gezählt würden.

Fakt ist, dass die polizeiliche Kriminalstatistik durchaus nach „Deutschen“ und „Ausländern“ unterscheidet. Gemeint sind hier alle Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, was sowohl TouristInnen, ArbeitsmigrantInnen, AsylbewerberInnen, Menschen ohne Papiere („Illegale“) sein können oder auch MigrantInnen, die ohne Staatsbürgerschaft seit Jahren in Deutschland leben.

Amtliche Statistiken gelten als seriös und werden übernommen, ohne danach zu fragen, wie sie entstanden sind, wie, wer und welche Fälle erfasst werden. In- und Ausländerkriminalität werden regelmäßig – auch von seriösen Institutionen – gegenübergestellt. Die NPD nutzt dies als Beleg. Dabei ist eine Gleichsetzung aus folgenden Gründen nicht möglich:

1. *Erfasst werden Tatverdächtige:* Die polizeiliche Kriminalstatistik erfasst Tatverdächtige, nicht verurteilte TäterInnen. Bei der Erfassung von Verdächtigen können auch Vorurteile und rassistische Zuschreibungen eine Rolle spielen. Da auch unabhängig von Verdachtsmomenten Personenkontrollen durchgeführt können, kann es zu sogenanntem „Racial Profiling“ kommen. Damit ist das Erfassen von Personalien oder Kontrollen von Polizei und Sicherheitsbeamten auf Grund von äußeren Kriterien, wie Hautfarbe oder Sprache, gemeint.
2. *Keine rechtliche Gleichheit:* Personen, die nach polizeilicher Kriminalstatistik als „Ausländer“ erfasst werden, sind gesetzlich nicht gleichgestellt. Straftaten wie Verstöße gegen die sog. Residenzpflicht oder andere Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz oder Asylverfahrensgesetz können von deutschen StaatsbürgerInnen nicht begangen werden. Kein Deutscher und keine Deutsche kann dafür bestraft werden, wenn er oder sie ohne Genehmigung den Landkreis verlässt, in dem sich der Wohnsitz befindet.
3. *Soziale Situation:* Armut und Bildung sind wichtige Faktoren für Strafanfälligkeit. Fehlende Arbeitserlaubnis, weil der Aufenthaltsstatus nicht gesichert ist, schlechte Arbeitschancen, weil Abschlüsse nicht gleichermaßen anerkannt werden sowie geringe Bildung und Armutserfahrungen in Fluchtregionen, sind deutlich höher als unter Deutschen Staatsbürgern. Ebenso spielen weitere Faktoren wie das Ge-

schlecht, Alter und die Region eine Rolle. Berücksichtigt man dies, so lässt sich nicht schlussfolgern, MigrantInnen seien krimineller als andere EinwohnerInnen.

Die NPD fordert härtere Strafen für „Kinderschänder“ – ist das mit dem Rechtsstaat vereinbar?

Die NPD fordert eine schwerere Bestrafung von sexuellem Missbrauch. „Kinderschänder“ und Vergewaltiger sollen nicht mehr, wie es angeblich geschehe, mit Samthandschuhen angefasst werden. In anderen Veröffentlichungen spricht die NPD gar von der Wiedereinführung der „Todesstrafe für Kinderschänder“.

Sexueller Missbrauch ist nicht nur eine Straftat nach deutschem Recht, sondern auch eine Tat, die lebenslange Spuren bei ihren Opfern und ihrem sozialen Umfeld hinterlässt. Physische und psychische Belastungen können die Folge sein. Die Ängste, die im Zusammenhang mit Straftätern entstehen, haben ihre Berechtigung. Doch diese Unsicherheiten, Ängste und Hilflosigkeit werden von Neonazis instrumentalisiert, wie das Beispiel Joachimsthal (siehe Kasten) zeigt, insbesondere wenn es dabei um Kinder geht.



Was die NPD mit der Forderung nach eine Höchststrafe für sexuellen Missbrauch meint, zeigt sich hier deutlich: Die Todesstrafe.

© Pavel Buchheim

Spiel mit der Angst in Joachimsthal

„Ein Stock, ein Stein, schlägt ihm den Schädel ein“ forderten 2008 erstmals Neonazis in Joachimsthal. Anlass war der Zuzug eines verurteilten Sexualstraftäters in die Kleinstadt. Erste Proteste von AnwohnerInnen wollten lokale Neonazis für sich nutzen und mischten bei den Aktionen mit. Doch die Ängste und anfängliche Wut, mit der die Forderung nach einer „Todesstrafe für Kinderschänder“ einherging, konnten durch Einwirkung von KirchenvertreterInnen und demokratischen Initiativen entschärft werden. Die Neonazis standen letztlich allein mit ihrem Protest. Kindesmissbrauch war zwischen 2008 und 2010 das dominierende Thema für die NPD und Kameradschaftsaktivisten. Hinter ihrer Forderung „Sicherheit, Recht und Ordnung – keine Gnade für die Täter“ steckt die Sehnsucht nach Selbstjustiz und damit die Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaats.

Die Forderungen nach Selbstjustiz oder gar der Todesstrafe widersprechen den Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates, in dem die unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft“ im Grundgesetz anerkannt sind. Straftäter werden von diesem Recht nicht ausgeschlossen. Daher garantiert das Rechtsstaatliche Prinzip einen fairen Gerichtsprozess und soll verhindern, dass voreilige, falsche Verdächtigung zur Bestrafungen führen. Den Tätern soll eine angemessene, menschenwürdige Strafe zukommen, die durch Gesetze zuvor bestimmt wurde. Ziel ist die Verhinderung von Straftaten. Die Anerkennung, dass Menschen sich ändern können, ist dabei ein wichtiger Ausgangspunkt. Nach Vollzug der Strafe, folgt eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Therapeutische und sozialpsychologische Maßnahmen sollen dabei helfen. Eine demokratische Gesellschaft beruft sich auf Aufklärung, Aushandlung und öffentlichen Dialog. Dagegen wollen Neonazis die Ächtung, Ausgrenzung sowie die Ermordung der Täter. Damit liegt der Fokus auf den Tätern, die von Neonazis als „gestörte Monster“ gezeichnet werden, und deren Bestrafung. Die Durchsetzung von Macht als vermeintlicher Schutz der Kinder soll durch Gewalt ausgeübt werden. Die Zuschreibung als „pervers“ oder „krank“ reduziert sexualisierte Gewalt auf einzelne Sexualstraftäter und verkennt jedoch die Realität sexueller Gewalt in unserer Gesellschaft und die Verantwortung, das Wohl des Kindes ebenso wie die Würde der Erwachsenen zu achten.

Auch der Begriff „Kinderschänder“, der von der NPD für Sexualstraftäter genutzt wird, ist problematisch. „Schänder“ kommt von „Schande“, also „Unehre“. Das Gegenwort zu Schande ist „Ehre“ und „Ansehen“. Die Betroffenen werden zu „Geschändeten“, ohne „Ehre“ und „Ansehen“, stehen außerhalb der Gemeinschaft, als trügen sie eine Mitschuld an der Tat.

Wie steht die NPD zur Gewaltfrage?

Fragt man die NPD zu ihrem Verhältnis zur Gewalt, behauptet die Partei, das Gewaltmonopol des Staates nie in Frage gestellt zu haben und Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung abzulehnen; diese sei politisch kontraproduktiv und Ausdruck „geistiger Schwäche und fehlender Argumente“.

Die Realität zeigt ein ganz anderes Verhältnis der NPD zur Gewaltfrage: Neben den Gewaltdrohungen, die regelmäßig von Teilnehmenden von NPD-Aufmärschen geäußert werden („Wir kriegen Euch alle!“ – „Kein Vergeben, Kein Vergessen – auch Rote haben Namen und Adressen!“), lassen sich zahlreiche Gewalttaten von NPD-Funktionären und -Aktivisten nachweisen, z.B.

- ➔ Alexander Bode, NPD-Kandidat für die Brandenburger Kommunalwahlen 2008 und als Ordner auf NPD-Demonstrationen tätig, verurteilt als Haupttäter der „Hetzjagd von Guben“, bei der Bode und eine Gruppe Neonazis den Algerier Farid Geundoul in den Tod trieben.
- ➔ Michel Müller, Organisationsleiter der NPD Brandenburg, ehemals Mitglied der verbotenen Neonazikameradschaft *Hauptvolk*, verurteilt wegen Beihilfe zum versuchten Mord.
- ➔ Andreas Rokohl, *Stützpunktleiter* Bernau der NPD Barnim-Uckermark, wegen Körperverletzung und Beleidigung verurteilt.
- ➔ Patrick Wieschke, Bundesorganisationsleiter der NPD aus Thüringen, verurteilt wegen eines Sprengstoffanschlags auf einen Döner-Imbiss.
- ➔ Stefan Köster, Bundesgeschäftsführer und Landtagsabgeordneter der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, verurteilt wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung.

Gewalthandeln von NPD-Mitgliedern und Neonazis versucht die NPD, wenn sie denn nicht mehr zu leugnen und aktenkundig geworden sind, als Notwehrhandeln zu rechtfertigen. In der extrem rechten Weltanschauung bietet der Sozialdarwinismus eine Rechtfertigung für Gewalthandeln an.

GESCHICHTSVERSTÄNDNIS

Warum spricht die NPD von Mitteldeutschland?

Unter der Bezeichnung „Mitteldeutschland“ versteht die NPD das Territorium der früheren DDR. Sie verwendet diesen Begriff, um zu verdeutlichen, dass Deutschland „historisch größer als die Bundesrepublik“ sei und die in Polen

liegenden Städte Gdansk und Wroclaw als deutsche Städte zu betrachten seien. Einer „nationalen deutschen Regierung“ sei es aufgetragen, die polnische Regierung unter Druck zu setzen, um ein „Eingeständnis historischer Schuld“ durchzusetzen und den „Forderungen der Vertriebenen“ Geltung zu verschaffen, wozu auch ein Niederlassungsrecht und die Möglichkeit der „Rückkehr in ihre siebenhundertjährige Heimat östlich von Oder und Neiße“ gehörten.

Der Begriff „Mitteldeutschland“ ist ein Schlüsselbegriff in der politischen Programmatik der NPD. Dabei verwendet sie einen unhistorischen Begriff von Mittel- und Ostdeutschland. So wurde das ostelbische Brandenburg in seinen heutigen Grenzen stets zu Ostdeutschland gerechnet und zählte im Preußischen Staat zu den sog. Sechs östlichen Provinzen. Für die NPD unterstreicht der Begriff dagegen den Anspruch auf Gebietsrevisionen östlich von Oder und Neißen. Die NPD tritt für die Rückverschiebung der deutsch-polnischen Grenze und die Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von Ende 1937 ein. Dementsprechend sollen Schlesien, Ost-Pommern, Ost-Brandenburg und Ostpreußen wieder Teil des – neu zu schaffenden – „Reichs“ werden.

Unter NPD-Anhängern wird davon ausgegangen, dass der Zweite Weltkrieg von Polen begonnen bzw. provoziert wurde. Tatsächlich war der Überfall der Wehrmacht Teil lange gehegter Pläne zur gewaltsamen Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrages und Auftakt des militärisch gestützten Ziels, Deutschland in Europa die Vorherrschaft zu sichern. Um die Invasion Polens zu rechtfertigen, wurden mehrere Vorfälle inszeniert. Der bekannteste ist der vorgetäuschte Überfall auf den Sender Gleiwitz von verkleideten SS-Angehörigen am 31. August 1939. Über den Sender verbreiteten sie in polnischer Sprache die „Kriegserklärung Polens“ gegen das Deutsche Reich.

Der Preußentag und die Teilwiedervereinigung mit der „schönen Mitte“

1990 war für die NPD eine „politische Teilwiedervereinigung des Westens Deutschlands mit seiner schönen Mitte“. Um ihres Geschichtsverständnis zu verdeutlichen, organisiert die Brandenburger NPD seit 2010 jährlich den „Preußentag“. Das größte Event des Landesverbandes findet in zeitlicher Nähe zu den Einheitsfeierlichkeiten der Bundesrepublik am 3. Oktober statt und versteht sich als Gegenevent, das sich einer „echten Wiedervereinigung“ verpflichtet fühlt. Auf einer eigens eingerichteten Internetseite wird deutlich, was damit gemeint ist: „Verlorenes – doch nicht vergessenes Land“ heißt es einer Landkarte die Gebiete im Osten – Teile Polens, Tschechiens und Österreichs – als deutsch bezeichnet. Der „Preußentag“ verknüpft politische Agitation mit musikalischer Untermauerung – in Erscheinung treten dort namenhafte rechte Szenebands ebenso wie wichtige NPD-Funktionäre.

Nach dem Sieg über Polen wurden nicht nur die nach dem Versailler Vertrag abgetretenen Gebiete wieder in das „Deutsche Reich“ eingegliedert, sondern darüber hinaus weite Bereiche Zentralpolens einschließlich der Stadt Łódź. Der Rest des von deutschen Truppen besetzten Polens wurde deutsches Generalgouvernement; die folgende Besatzung war von extremen Repressalien der Besatzer gegen die Zivilbevölkerung geprägt. Deportationen zur Zwangsarbeit waren nur die sichtbarste Ausprägung, insbesondere die polnischen Jüdinnen und Juden wurden Opfer der NS-Vernichtungspolitik. Der Verlust der früheren deutschen Ostgebiete ist Ergebnis des von den Nazis angezettelten Zweiten Weltkrieges.

Die DDR erkannte im Görlitzer Grenzabkommen mit der Volksrepublik Polen (6. Juli 1950) die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen an. Diese Sichtweise wurde von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland nicht geteilt; erst seit 1970 erkannte die Bundesrepublik Deutschland mit dem Warschauer Vertrag faktisch die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Polen an. Mit dem 2+4-Vertrag (15. März 1991) und dem Deutsch-Polnischen Grenzvertrag (16. Januar 1992) gab Deutschland völkerrechtlich verbindlich seinen Anspruch auf die deutschen Ostgebiete auf. Der Deutsch-Polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (16. Januar 1992) erkennt die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen an. Die Garantie sicherer Grenzen war die Voraussetzung für die Zustimmung zu Vereinigung und die Wiedererlangung voller staatlicher Souveränität. International hat sie Vertrauen in Deutschland aufgebaut, das nach zwei Weltkriegen verspielt schien.

Gegenüber den zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen eingeleiteten Maßnahmen – beispielsweise eine intensiviertere grenznahe Zusammenarbeit und die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission – bedeutet die NPD-Position eine Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens der beiden Bevölkerungen in Europa.

Was meint die NPD, wenn sie von „Reich“ redet?

Laut Aussage der NPD sei mit der Wiederherstellung des Reiches nicht an eine „Wiederherstellung des Dritten Reiches“ gedacht, sondern an die „Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches“. Dieses existiere fort, auch wenn es seit der Verhaftung der Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 nicht mehr souverän und handlungsfähig sei. Die „Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“ wird von der NPD als Ziel ausgegeben.

In ihrer Argumentation zum Thema „Reich“ bleibt die NPD sehr vage. Während das Thema von ihr in der breiteren Öffentlichkeit kaum propagiert wird, ist es in den vergangenen Jahren innerhalb der NPD breit diskutiert worden. Hinter der Formulierung, man strebe die „Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches“ an, verbergen sich sowohl Vorstellungen eines „großdeutschen Reiches“, welches territorial weit über das gegenwärtige Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hinausreicht und damit die gegenwärtige Friedensordnung in Mitteleuropa gefährdet, als auch die Beseitigung der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie mit ihrem Grundrechtskatalog. Entsprechend bekannte man sich in der NPD-Parteizeitung dazu, dass die zur Errichtung des „Reiches“ notwendige Beseitigung der gegenwärtigen politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland – ein „Anti-Reich“ in der Sprache der NPD – mit dem Grundgesetz unvereinbar ist (Deutsche Stimme 2/2000, S. 14). Zur inneren Struktur eines solchen „Reiches“ würde eine extreme Zentralisierung staatlicher Strukturen und Entscheidungsabläufe um ein mit großen Vollmachten ausgestattetes Staatsoberhaupt (Führerprinzip) gehören; individuelle Grundrechte stünden unter dem Vorbehalt einer diskriminierenden Selektion nach völkischen Kriterien.

Zur „Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“, für die die NPD eintritt, würde beispielsweise die Rehabilitierung der als Kriegsverbrecher verurteilten Nazis gehören. Mit der Idee des „Reiches“ verbindet die NPD jedoch auch das Ziel, dass Deutschland in Europa wieder als „Ordnungsmacht“ auftritt. Wo die NPD heute gegen die Beteiligung der Bundeswehr an angeblich von den USA aufgezwungenen Kriegen wettet, würde sie für „deutsche Interessen“ morgen selbst Soldaten entsenden.

Warum bekennt sich die NPD zu Wehrmacht und Waffen-SS?

Für die NPD ist die Wehrmacht als „Armee des damaligen Deutschland“, in der „unsere Väter und Großväter“ gedient hätten, weil sie entweder zum Dienst eingezogen wurden oder der Überzeugung gewesen seien, „ihre Heimat verteidigen zu müssen“. Hinsichtlich der Waffen-SS wird behauptet, diese habe mit den Totenkopfverbänden in den KZ nichts zu tun gehabt, sondern sei eine „Elite-Formation“ gewesen, deren „Tapferkeit und Ritterlichkeit“ auch beim Kriegsgegner betont wurde.

Die NPD verharmlost die Bedeutung von Wehrmacht und Waffen-SS für die rassemperialistischen Kriege und die NS-Verbrechen erheblich. Führende Generäle hatten seit Mitte der 1920er Jahre Pläne zum Überfall auf die Sowjetunion entworfen; bei den militärischen Überfällen auf andere Länder ging es dem NS-Regime

nicht um die „Verteidigung der Heimat“, sondern um die Erbeutung von Gütern, die Kontrolle von Rohstoffen, die Eroberung eines Kolonialreiches im Osten (der sogenannte „Lebensraum“) und die Ausrottung bzw. Versklavung großer Teile der Bevölkerung in Polen und der Sowjetunion. Diese Angriffskriege waren als solche bereits Verbrechen. In zahlreichen Studien ist inzwischen zudem die Beteiligung von Wehrmachtseinheiten und Waffen-SS-Verbänden an Verbrechen im Krieg nachgewiesen worden. Schließlich konnten die Nazis ihre Vernichtungspolitik an Juden, Sinti und Roma und anderen Bevölkerungsgruppen um so länger fortsetzen, je länger die Fronten gehalten wurden.

Der besondere Charakter der Waffen-SS bestand darin, dass sie als „Elitetruppe“ der Nazis lange aus Freiwilligen bestand, die von der NS-Weltanschauung und dem rassistischen Überlegenheitsdünkel der Nazis besonders überzeugt waren. Sie kämpften besonders entschlossen, weil sie mit dem Untergang des NS-Regimes besonders viel zu verlieren hatten. Eine eindeutige Trennung zu den SS-Wachmannschaften, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ihrem Mordhandwerk nachgingen, gab es aufgrund von Personalrotation nicht.

JUGENDPOLITIK DER NPD

Als Jugendorganisation der NPD stellen die *Jungen Nationaldemokraten* (JN) einen wichtigen Bestandteil der NPD dar. Als elitärer Zusammenschluss, in den Anwärter erst nach sechsmonatiger Probezeit aufgenommen werden, gilt nach eigener Aussage, als Karriereleiter für NPD Spitzenpositionen: vier von zwölf NPD Landtagsabgeordneten, neun von neunzehn Bundesvorstandsmitglieder sowie sieben Landesvorsitzende sind oder waren JN Funktionäre. Die JN setzt auf den Dreiklang von Gemeinschaft, Bildung und Aktivismus. Brandenburgs Landeschef Pierre Dornbrach ist zugleich Leiter des *Nationalen Bildungskreises* (NBK), der Schulung zur politischen Festigung der Funktionäre und Aktivisten durchführt.

Für die Wahlen im Jahr 2014 setzt die NPD auf ihre jungen AktivistInnen. JN-Aktive mischen im Wahlkampf mit und werden als KandidatInnen antreten. Dabei wollen die *Jungen Nationaldemokraten* nicht nur eine ideologische Festigung der nationalen Jugend, sondern auch Räume für deren Aktivitäten schaffen. So gehört zu den Forderungen der JN im Wahlkampf die „Schaffung von nationalen Jugendzentren in jeder brandenburgischen Stadt ab 20.000 Einwohnern, um Gerechtigkeit walten zu lassen und der einseitigen Bevorzugung von antifaschistischen und multikulturellen Projekten ein Ende zu bereiten“.

Musik als strategische Einflussnahme

„Die Musik transportiert Meinung, Musik transportiert Kultur, ein Zugehörigkeitsgefühl, das ist für uns ein wichtiges Bindeglied zur Jugend. Weil über Musik sprechen wir die Jugend an, und sind dann in der Lage, wenn wir ihr Herz über die Musik geöffnet haben, ihnen auch unsere Ideen letztendlich schulisch beizubringen.“ Udo Voigt, ehemaliger NPD-Vorsitzender und Spitzenkandidat im Europawahlkampf.

In recht regelmäßigen Abständen, oftmals ins Zusammenhang mit Landtags- oder Bundestagswahlen, produziert die NPD eine kostenlose Musik-CD, die sie an Jugendliche verteilen will. Zuletzt entstand im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 die JN-CD „Zukunft im Blick“. Die Idee der sogenannten „Schulhof-CDs“ stammte aus den Kreisen freier Kameradschaften, durch den niederschweligen Zugang ihre neonazistische Ideologie Jugendlichen nahe zu bringen. Musik wird zur Strategie, Jugendliche für die Ideen und Ziele der NPD/ JN zu begeistern, ohne mühselige Texte zu produzieren oder Schulungen durchzuführen.

Die JN-Schulhof-CD „Zukunft im Blick“ eröffnet den HörerInnen eine Bandbreite an Genres, um unterschiedliche Subkulturen anzusprechen. Von Rock, Pop, HipHop¹, Hardcore und Liedermachern ist etwas dabei. Auf den Punkt bringen es die Rapper von *n'socialist soundsystem*: „Ich bin Deutscher. Punkt. Ich höre Metal, Rap, Rock, Elektro, usw., bin deswegen allerdings weder „Metaller“, „HipHopper“, „Rocker“, „Tekker“ oder sonst was. Ich fühl mich keiner Subkultur zugehörig. Ich vertrete jedoch den Standpunkt, dass man Subkulturen schlecht ‚bekämpfen‘ kann. Vielmehr müssen sie von unseren Leuten infiltriert werden.“ Eingespielt wurden die Titel von Musikgrößen der Neonazisszene wie Uwe „Uwocaust“ Menzel aus Potsdam (*Uwe und alte Freunde*) und anderen Brandenburger Bands wie *H.G.* (eigentlich *Hassgesang*), Agnar (ein Nebenprojekt des *Hassgesang*-Sängers) sowie *Confident of Victory*.

Bereits die Band *n'socialist Soundsystem* steht mit ihrem Namen für ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Doch mehr als deutlich wird die neonazistische Ideologie bei genauerer Betrachtung der Band *Hassgesang*. Ihr Bandlogo besteht aus zwei Siegrunen, die das verbotene Symbol der Waffen-SS darstellen. Auf dem Cover ihres indizierten Albums „B.z.I.T.B.“ prangt ein riesiges Hakenkreuz vor einem Stacheldrahtzaun, der offenkundig auf die Zäune der Konzentrations- und Vernichtungslagern des Nationalsozialismus anspielen sollen. Ebenfalls Textauszüge wie „Adolf Hitler, im Kampf für unser Land, Adolf Hitler, sein Werk verteufelt und

¹ Die Formation *n'socialist soundsystem* betont, dass sie „Sprechgesang“ machen, um sich von anderem HipHop abzugrenzen.

verbannt, Adolf Hitler, du machst es uns vor! Adolf Hitler, Sieg Heil tön zu dir empor“ lassen eine klare Positionierung der NPD und JN zum Nationalsozialismus erkennen.

Die CD, die in Brandenburg als „Schulhof CD Brandenburg – Aktivismus – Bildung – Gemeinschaft“ mit selben Inhalt zum Jahresende 2012 und Anfang 2013 verteilt wurde, wurde indiziert, da mindestens sechs der 15 Lieder rassistischen Parolen und Gewaltverherrlichung beinhalteten, außerdem war das Bundeslied der JN bereits 1994 indiziert worden.

Nationale „Identität – Werde wer du bist“

Ab und zu sind sie im Stadtbild zu sehen: Weiße Handabdrücke oder Aufkleber mit einem weißer Handschuh unterschrieben mit „Identität – Bedingungslos Verteidigen“. Die Kampagne „Identität – Werde wer du bist“ richtet sich an junge, aktionsorientierte Menschen. Die Kampagnenseite auf Facebook „Freiheit schaffen – Tradition verteidigen – Identität leben! Deutschland retten“ hat über 2.000 Likes. Dass die Hand ausgerechnet weiß ist, ist kein Zufall, sondern Ausdruck der rassistischen Ideologie der Neonazis. Statt offen von „Rasse“ oder „Volk“ zu sprechen, dient „Identität“ als Definition von Zugehörigkeit. Eine weiße nationale Identität meint jedoch nichts anderes: Die Überhöhung Weißer im Sinne der „Blut und Boden“-Ideologie gegenüber „raum- und kulturfremden Ausländern“. Auf den ersten Blick wirkt dieses weniger abschreckend auf Jugendliche, denn so ist „Identität“ weniger negativ belegt. Ebenso sind „Tradition verteidigen“ und „Deutschland retten“ nur moderate Umschreibungen für die sonst üblichen Prophezeiungen Deutschland würde den „Volkstod“ auf Grund von „Überfremdung“ sterben, wie es an anderer Stelle von NPD und JN propagiert wird. Ganz konkrete Vorschläge gegen die Zuwanderung bringt die JN ebenfalls: „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche“ verteilte die Jugendorganisation.

Für NPD und JN geht mit dem Zuzug von Ausländern nach Deutschland – im Neonazijargon „Überfremdung“ – der Verlust der „Identität“ einher. Damit unterstellt sie, dass die Identität eines Menschen notwendig durch seine Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Menschen geprägt sein muss, die die NPD als „Volk“ bezeichnet. Doch werden individuelle Identitäten auch durch soziale Schichtzugehörigkeit, Geschlecht, sexuelle Orientierung, familiäre Bindungen und vieles andere mehr geprägt. Sie sind zudem Wandel unterworfen und können je nach konkreter Situation verschiedene Ausprägungen erfahren. Zweitens gibt es im Zusammenhang mit Migrationsprozessen eine zunehmende Zahl von Menschen, die die Erfahrung und die Kenntnis verschiedener Kulturen nicht missen möchten und dies als große Bereicherung und nicht als Belastung empfinden.

Auftritte in den Sozialen Medien

Eine Jugendorganisation wie die JN ist selbstverständlich auch auf diversen Sozialen Medien unterwegs. Facebook, Google+ und Twitter werden von den Neonazis als Medium zur Verbreitung ihrer Texte, Reden, Videos und Werbematerialien genutzt. Innerhalb dieser Netzwerke verbreitet die JN nicht nur ihre eigenen Inhalte, sondern verbreitet auch Aktionen und Materialien von anderen Neonazis. Besonderes Aufsehen erregten Aktionen aus dem Umfeld der 2012 durch das Land Brandenburg verbotenen *Widerstandsbewegung in Südbrandenburg*, besser bekannt als *Spreelichter*. Dass die JN Inhalte der *Spreelichter* teilt, ist nicht überraschend, so gab es in den vergangenen Jahren punktuelle, vor allem aktionsorientierte Zusammenarbeit zwischen *Spreelichtern* und JN.

Ein kleiner Exkurs: Die *Spreelichter* brachten moderne, popkulturelle Inszenierung und neonazistische Inhalte wirksam zusammen. Durch ihre scheinbar spontanen nächtlichen Fackelaufmärsche, ihre Flashmobs und andere Agit-Prop-Formen. Auf ihren Internetseiten und auf YouTube sollten Pathos und Mystifizierung die heroischen „unsterblichen“ Kämpfer gegen Demokratie und Einwanderung darstellen. Ihre Losungen „Demokraten bringen uns den Volkstod“ und „Werde unsterblich – damit niemand vergisst, dass du Deutscher gewesen bist“ brachten die propagandistisch vorgetragene Ideologie deutlich zum Ausdruck. Nicht nur ihre Präsenz in Sozialen Medien, auch ihre ausführlichen ideologischen Texte unterschieden die *Spreelichter* von anderen *Kameradschaften* in Brandenburg. Seit dem 19. Juni 2012 ist die *Widerstandsbewegung in Südbrandenburg* verboten, auch die Klage gegen das Verbot änderte daran nichts (das Urteil wurde am 27. November 2013 vom Oberverwaltungsgericht bestätigt). Doch die AktivistInnen haben neue Ausdrucksmöglichkeiten gefunden. Wieder setzen die Neonazis dabei auf popkulturelle Inszenierung, die Aufmerksamkeit erregen und insbesondere Kinder- und Jugendliche ansprechen soll.

Das Krümelmonster gegen „Überfremdung“

Die propagandistische Wirkung und Aufmerksamkeit der Medien hat diese Aktion nicht verfehlt: Verkleidet in einem blauen Kostüm des Krümelmonsters aus der bekannten Sesamstraße begibt sich ein Neonazi auf einen Schulhof und verteilt Schilder mit der Aufschrift „Deutsch? Cool!“. Das Krümelmonster, eine für Kinder und Jugendliche vertraute Erscheinung, wirkt für die wenigsten verdächtig. Auch der Slogan auf den Schildern ist weder strafrechtlich relevant noch eindeutig rassistisch oder neonazistisch. Das ganze Geschehen wird gefilmt, entsprechend aufgearbeitet und als Propagandavideo auf die Internetplattform YouTube gestellt und entfaltet seine Wirkung. Denn erst jetzt ist zweifellos klar: Es sind Neonazis, die ganz im Sinne der *Spreelichter* gegen Zuwanderung wettern.

Als „Aktionsformen 2.0“ bezeichnet JN-Funktionär Michael Schäfer die vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten, die durch das Internet entstanden sind. Gemeint sind nicht nur selbstorganisierte Veranstaltungen, die gefilmt und ins Internet gestellt werden, sondern auch Aktionen, die letztlich allein am Computer entstehen. Diese werden zusammengeschnitten aus Videoclips, die tausendfach im Netz zu finden sind. Eigene politische Aussagen werden lediglich darunter gesetzt. Das heißt also: Wenig Aufwand, aber ein hohes Maß an Verbreitung. Denn weit mehr (junge) Menschen können dadurch besser erreicht werden, als mittels einer klassischen Kundgebung auf offener Straße.

Nazis im Sport

Neonazistische Fußballfans beim *FFC Victoria Frankfurt (Oder)* oder beim *FC Stahl Brandenburg*, eigene Fußballteams wie *Sportfreunde 06 Rathenow* oder *FC Einheit 06 Prenzlau* und rechte Mitglieder in Kampfsportvereinen sind in Brandenburg bekannt. Beim Thema Neonazis im Kampfsport sind es die Cottbusser Kickboxer Mario S. und Marcus W., die in den letzten Jahren für Aufregung sorgten. S., Europameister im Kickboxen und W., Deutscher Kickboxmeister, waren durch neonazistische Handlung aufgefallen. Neben der Teilnahme an neonazistischen Veranstaltungen und einer gemeinsamen Reise bei der sie T-Shirts in Gedenken an Adolf Hitler trugen, trat W. als Gründer der Modemarke *Label 23 – Boxing Connection*, die als Erkennungszeichen für Neonazis dient, in Erscheinung. Das inzwischen verbotene Netzwerk *Widerstandsbewegung in Südbrandenburg (Spreelichter)*, welches vor allem in Cottbus und Südbrandenburg aktiv war, organisierte Kampfsportturniere. Auch NPD und JN bringen sich im Sport ein und organisieren Fußballturniere: 2012 wollten die Jungen Nationaldemokraten in Velten (Oberhavel) ein „Nationales Fußballturnier“ durchführen. Die Stadt gab jedoch keine Fläche frei, sodass die JN sich auf eine Kundgebung beschränkte. Dennoch kamen rund 70 Neonazis, die auf dem Rasen des Kundgebungsplatzes Bälle hin und her kickten. Außerdem wurden Transparente für den gerade verbotenen „Nationalen Widerstand Dortmund“ hochgehalten und an den „Anti-Kriegstag“ erinnert. Am 1. September, dem Antikriegstag oder auch Weltfriedenstag, wird bundesweit an die Opfer des Angriffes Deutschlands auf das benachbarte Polen und den damit beginnenden Zweiten Weltkriegs gedacht. Die Mahnung und Friedensforderungen werden von den Neonazis jedes Jahr instrumentalisiert. Dabei geht es vor allem in antiamerikanischer und antisemitischer Manier gegen die vermeintlicher „Kriegstreiber“ USA und Israel. Auch wird der Übergriff Deutschlands auf Polen geleugnet und verklärt.

MACH´S AB 16

„Mach’s ab 16 in Brandenburg!“ (www.machs-ab-16.de) ist ein Projekt des Landesjugendringes Brandenburg e.V. Wir möchten mit euch zusammen über das Thema Wahlrecht 16 in Brandenburg diskutieren. Bringt euch ein, diskutiert mit, bildet euch eure eigene Meinung, kommentiert die Meinungen anderer und informiert euch zu allen Themen rund um das Wahlrecht.

Jugendbeteiligung

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist einer der wesentlichsten Bausteine der Demokratie. Jugendbeteiligung meint, dass die jungen Menschen ihr Lebensumfeld und die Gesellschaft aktiv mitgestalten, dass sie in allen sie betreffenden Belangen mitwirken, mitentscheiden und Verantwortung übernehmen.

Jugendbeteiligung kann ganz unterschiedlich aussehen: informiert sein, die eigene Meinung sagen, sich einbringen statt weg zu schauen – das sind die Anfänge der Beteiligung. Doch es muss um viel mehr gehen: Kinder und Jugendliche sollen über ihr eigenes Leben und dessen Gestaltung maßgeblich mitentscheiden! Dass Jugendliche und auch Kinder das können (entsprechend ihres Alters und ihrer Entwicklung) zeigen viele tolle Projekte und Initiativen, von denen wir Euch einige in diesem Menüpunkt vorstellen wollen. Außerdem findet ihr hier Positionspapiere, die Euch Hintergründe, rechtliche Bestimmungen und gute Argumente für eine gelingende Kinder- und Jugendbeteiligung zu verstehen.

Jahr der Partizipation

Brandenburger Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren dürfen im nächsten Jahr erstmals an den Kommunal- und Landtagswahlen teilnehmen. Diese und weitere Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sollen stärker in den Fokus gerückt werden – deshalb ruft das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport das *Jahr der Partizipation 2014* aus.

Das „Jahr der Partizipation 2014“ ist ein Themenjahr des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und ein kommunikativer Rahmen, um die Vielfalt der bereits vorhandenen Aktivitäten zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu bündeln, einen Überblick zu ermöglichen sowie Möglichkeiten der Innovation und Weiterentwicklung zu identifizieren. Unter der Überschrift „Jahr der Partizipation“ werden insbesondere die Schwerpunkte Wahlalter 16 und Partizipation von Jugendlichen zusammengefasst, u.a. die bereits laufenden Projekte zum Thema „Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen“.

Das *Jahr der Partizipation 2014* dient damit zur Information von Jugendlichen, der Öffentlichkeit und sowie den Akteuren im Land Brandenburg zur Vernetzung. Kooperationspartner des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport werden eingeladen, sich am Themenjahr zu beteiligen und ihre Ansätze zu präsentieren. Die vielfältigen Aktivitäten im *Jahr der Partizipation* werden auf www.machs-ab-16.de präsentiert.

ZUM WEITERLESEN

Argumentationshilfen und Handlungsempfehlungen

- Agentur für soziale Perspektiven (2011): Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes vom Neonazis und extremen Rechten. rat – reihe antifaschistischer texte. Berlin: Eigenverlag.
- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Hrsg.) (2008): Was Demokraten gegen Rechtsxtreme tun können. Handreichung zum Handeln. Potsdam: Eigenverlag.
- Jan Jetter | Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände in Hamburg e.V. (Hrsg.) (2012): Nazis Nerven! Ein Praxishandbuch für Jugendleiterinnen und Jugendleiter zum Umgang mit der Extremen Rechten. Hamburg: Eigenverlag.
- Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz (Hsrg) (2012): Naturschutz gegen Rechtsextremismus. Eine Argumentationshilfe. Eigenverlag.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V. und Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten/ Landesbezirk Ost (2012): Rechtsextremist/innen nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für die Gastronomie und Hotellerie. Berlin: Eigenverlag.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) et al. (2006): Wir haben die Wahl! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf. Berlin: Eigenverlag.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und Kulturbüro Sachsen e.V. & Netzwerk Demokratie und Courage Sachsen (2005): Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Veranstaltungen.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Keine Räume für Nazis. Was können Vermieter/innen tun? Ratgeber im Umgang mit Anmietungen durch rechtsextreme Gruppen.
- Opferperspektive e.V. (2008): Was tun nach einem rechten Angriff. Potsdam: Eigenverlag.
- Opferperspektive e.V. (Hrsg.) (2013): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- OSZ für Demokratie und Vielfalt/ OSZ gegen rechts in Kooperation mit Violence Prevention Netzwerk e.V. (Hrsg) (2013): Schulhof-CD „Die Zukunft im Blick“ der Jungen Nationaldemokraten (2013). Pädagogische Annäherung und Argumente für die politische Bildungsarbeit in Schule, beruflicher Bildung und Jugendeinrichtungen. Berlin: Eigenverlag.

Schoeps, Julius H/ Botsch, Gideon/ Kopke, Christoph/ Rensmann, Lars (Hrsg.) (2007): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (2013): Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge Willkommen heißen. Empfehlungen zur Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen in geschlossenen Räumen anlässlich der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft.

Wagner, Wolf (2013): Die Rechtsextremen sagen... 3. erw. Auflage. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.

Tipps im Netz

www.tolerantes-brandenburg.de

Die Landesregierung Brandenburg misst der stärkeren Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte gegen Intoleranz, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus und dabei insbesondere dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ besondere Bedeutung zu. Auf der Seite finden sich viele Informationen, Materialien und links zu Internetangeboten brandenburgischer Initiativen und Institutionen.

www.sicherheitsoffensive.brandenburg.de

Die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Einrichtungen wie sie im Landespräventionsrat funktioniert, bedeutet neben der eigentlichen, kriminalpräventiven Arbeit auch eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Präventionspolitik gehört zu den Kernaufgaben des freiheitlichen Gemeinwesens der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder. Das bedeutet, dass aufgeklärte und informierte Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, Verantwortung für die Entwicklung ihres Umfelds zu übernehmen.

www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de

Netzwerk von landesweit tätigen Organisationen, lokalen Bündnissen und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg, die gemeinsam für eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eintreten.

www.demos-gegen-nazis.de

Praktische Hilfe zu Fragen rund um Versammlungsrecht, Neonaziaufmärsche und Gegenprotesten. Zusammengestellt von der Arbeitsgruppe „Umgang mit rechtsextremen Aufmärschen“ des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg.

www.KeinBockaufNazis.de

Eine Kampagne gegen Neonazis und Rassismus des antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) Berlin.

RAT UND HILFE

Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Mittelstraße 38/39
14467 Potsdam
Tel: 0331 50582427
Fax: 0331 50582429
kontakt@aktionsbuendnis-brandenburg.de
www.aktionsbuendnis-brandenburg.de

Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“

Ministerium für Bildung, Jugend und
Sport des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Tel: 0331 8663560
Fax: 0331 8663566
tolerantes.brandenburg@mbjs.brandenburg.de
www.tolerantes.brandenburg.de

RAA Brandenburg – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg

Benzstraße 11/12
14482 Potsdam
Tel: 0331 747800
Fax: 0331 7478020
info@raa-brandenburg.de
www.raa-brandenburg.de

RAA Potsdam, Havelland, Potsdam- Mittelmark, Potsdam und Brandenburg a. d. Havel

Am Kanal 49
14467 Potsdam
Tel: 0331 2010869
Fax: 0331 8170530
potsdam@raa-brandenburg.de

RAA Cottbus mit der Außenstelle RAA Forst, Elbe-Elster, Oberspreewald- Lausitz, Spree-Neiße, Cottbus

Friedensplatz 6
03051 Cottbus OT Gallinchen
Tel: 0355 4855789
Fax: 0355 4867386
cottbus@raa-brandenburg.de

RAA Angermünde, Barnim und Uckermark

Berliner Straße 77
16278 Angermünde
Tel: 03331 252080
Fax: 03331 252081
angermuende@raa-brandenburg.de

RAA Frankfurt (Oder), Märkisch-Oder- land, Oder-Spree, Frankfurt (Oder)

Wieckestraße 1 A
15230 Frankfurt/Oder
Tel + Fax: 0335 5009663
frankfurt@raa-brandenburg.de

RAA Neuruppin, Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel

August-Bebel-Straße 49
16816 Neuruppin
Tel: 03391 700874
Fax: 03391 700937
neuruppin@raa-brandenburg.de

RAA Trebbin, Landkreise Teltow- Fläming und Dahme-Spreewald

Bahnhofstr. 44
14959 Trebbin
Tel: 033731 31413
Fax: 033731 31414
trebbin@raa-brandenburg.de

**Mobile Beratungsteams im
Brandenburgischen Institut für
Gemeinwesenberatung – demos**

Benzstr. 11-12
14482 Potsdam
Tel.: 0331 7406246
Fax: 0331 7406247
geschaeftsstelle@BIG-demos.de
www.gemeinwesenberatung-demos.de/

Mobiles Beratungsteam Angermünde

Berliner Str. 77
16278 Angermünde
Tel: 03331 299980
Fax: 03331 299981
mbt-angermuende@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Cottbus

Friedensplatz 6
03051 Cottbus OT Gallinchen
Tel: 0355 4302441
Fax: 0355 4993750
mbt-cottbus@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Frankfurt (Oder)

Wiekestr. 1a
15230 Frankfurt (Oder)
Tel: 0335 5009664
Fax: 0335 5009665
mbt-ff@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Neuruppin

August-Bebel-Str.49
16816 Neuruppin
Tel: 03391 359189
Fax: 03391 659332
mbt-neuruppin@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Potsdam

Am Kanal 49
14467 Potsdam
Tel: 0331 5058883
Fax: 0331 5058884
mbt-potsdam@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Trebbin

Bahnhofstraße 44
14959 Trebbin
Tel: 033731 32909
Fax: 033731 32908
mbt-trebbin@BIG-demos.de

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Heinrich-Grüber-Platz 1-3
16515 Oranienburg
Tel: 03301 81090
info@stiftung-bg.de
www.stiftung-bg.de

Landesjugendring

Breite Str. 7a
14467 Potsdam
Tel: 0331 6207530
Fax: 0331 6207538
info@ljr-brandenburg.de
www.ljr-brandenburg.de

**antifaschistisches pressearchiv und
bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)**

Lausitzerstr. 10
10999 Berlin
Tel : 030 6116249
Fax: 030 6116249
mail@apabiz.de
www.apabiz.de

Beratung für Opfer rechter Gewalt

**Opferperspektive e.V. –
Beratung für Opfer rechter Gewalt**
Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel: 0331 8170000
Fax: 0331 8170001
info@opferperspektive.de

**Opferperspektive
Anlaufstelle Cottbus**
in der Flüchtlingsberatung
des Diakonischen Werkes,
Straße der Jugend 33
03050 Cottbus
Tel: 0151 59100085

**Kontakt- und Beratungsstelle
für Opfer rechter Gewalt Bernau**
c/o Jugendtreff Dosto
Breitscheidstr. 43c (Kulturhof)
16321 Bernau
Tel: 03338 459407
kontaktstelle@so36.net

**Beratungsgruppe für Opfer
rechtsextremer Gewalt Strausberg**
c/o Horte
Peter-Göring-Straße 25
15344 Strausberg
Tel: 0151 21365187
borgsrb@googlemail.com

**Beratungsstelle für Opfer
rechter Gewalt Frankfurt (Oder)**
c/o Utopia e.V.
Berliner Straße 24
15230 Frankfurt (Oder)
Tel: 0151 16902805
borg-ffo@riseup.net

**AndersARTiG - LesBiSchwules
Aktionsbündnis Land Brandenburg e.V**
Kleine Gasse 2
14467 Potsdam
Tel: 0331 2019888
Fax: 0331 2019797
mail@andersartig.info
www.andersartig.info



Potsdam, 2014

Moses Mendelssohn Zentrum
für europäisch-jüdische Studien Potsdam
Forschungsschwerpunkt Antisemitismus-
und Rechtsextremismus-Forschung
Am Neuen Markt 8
14467 Potsdam

Text:
Christin Jänicke, Fabian Virchow

Redaktionelle Bearbeitung:
Gideon Botsch, Christoph Kopke

Satz und Druckvorbereitung:
Ralph Gabriel, Wien

Druck:
Hinkelstein Druck soz. GmbH, Berlin
www.hinkelstein-druck.de

Die Broschüre wurde gefördert
durch das Tolerante Brandenburg



Mach's
ab 16!
in Brandenburg

Wählen mit 16
heißt, die eigene
Zukunft mitgestalten!

Dein Recht.
Deine Information.

Alle Infos
auf einer Webseite.

www.machs-ab-16.de